

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46.  
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die vierspaltige Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Verfammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, spätere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 79.

Donnerstag, den 2. April 1908.

15. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

## Reichsbankerott und Volksausplünderung.

Im Trübel der Auseinandersetzungen über die Frage des preussischen Wahlrechts ist am Freitag vom Reichstage die neue Marinevorlage in dritter Lesung lang- und klinglos angenommen worden. Die Annahme erfolgte mit den Stimmen aller Parteien, einzig die Sozialdemokratie ausgenommen. In einem Augenblick, wo die Finanzschwierigkeiten des Reiches beispiellos geworden sind, wo kein Mensch weiß, wie auch nur die bereits vorhandenen Verpflichtungen gedeckt werden sollen, wo die Regierung den Beamten gegenüber wortbrüchig werden mußte, weil keine Mittel zur Bestreitung der bereits im Jahre 1906 feierlichst verheißenen Gehaltsaufbesserungen vorhanden sind, wo wiederum eine Viertelmilliarde neuer Schulden kontrahiert werden muß, um wenigstens für den Augenblick das Loch zu stopfen: in einer solchen Situation bewilligten die bürgerlichen Parteien ohne Wimperzucken eine neue Flottenvorlage, die nichts Geringeres bedeutet, als eine dauernde jährliche Mehrbelastung des Staats um mindestens hundert Millionen Mark!

Daß der Freisinn dem Flottenmohoch dies neue Opfer gebracht hat, verstand sich ja für diese Blockhölzer von selbst. Daß aber auch das Zentrum durch seine Zustimmung zum neuen Flottengesetz eine erhöhte Volksausplünderung durch neue indirekte Steuern notwendig gemacht hat, verdient besonders festgehoben zu werden.

Bei der zweiten Beratung der Flottenvorlage im Plenum am 29. Januar 1908 erklärte der Fraktionsredner des Zentrums, der Abg. Dr. Spahn, nach dem amtlichen Stenogramm wörtlich: „Die wichtigste Frage bei dieser Vorlage ist die Frage der Deckung. Wir haben unsererseits immer daran festgehalten, solche Vorlagen, die eine dauernde Mehrbelastung in hohem Betrage enthalten, nur zu bewilligen, wenn überhaupt die Deckungsfrage geregelt war. Ich meine, man sollte an dieser Frage des hohen Hauses festhalten und sie nicht so leicht preisgeben.“ Also sprach Herr Spahn namens der Zentrumsfraktion bei der zweiten Beratung der neuen Flottenvorlage. Bei der dritten Beratung am 27. März jedoch stimmte das Zentrum für die Vorlage, obwohl die Deckungsfrage so wenig gelöst war, wie am 29. Januar! Herr Speck, der diesmalige Vertreter des Zentrums, begnügte sich damit, gegen die Einführung direkter Reichssteuern zu protestieren! Das Zentrum handelte also noch gewissenloser als selbst Freisinn und Nationalliberale, die doch wenigstens fordern, daß die nichtbesitzende Klasse nicht allein durch indirekte Steuern die neuen Flottenlasten aufbringen soll, sondern daß neben den neuen indirekten Steuern wenigstens des Anstandes halber auch eine neue direkte Steuer geschaffen werde!

Freilich, auch wenn die neue „Finanzreform“ zur Beschönigung der neuen indirekten Steuererschöpfung die eine oder andere direkte Steuer bringen sollte: den Löwenanteil an den erforderlichen Kleinstsummen wird wieder das Proletariat aufbringen müssen. Der Militarismus und Militarismus sind nun einmal ohne wachsende Volksausplünderung undenkbar. Aber so rücksichtslos auch das System der Volksausplünderung durch immer neue indirekte Steuern ausgebaut werden mag: Militarismus und Marinismus entwickeln bei uns einen so ungeheuerlichen Appetit, daß die Einnahmen den Ausgaben bei aller Verknappung der indirekten Steuer-schraube nicht zu folgen vermögen, daß die Finanzzerstückelung, die Defizitwirtschaft und das Pumpsystem in der Tat den Reichsbankerott in drohendster Aussicht stellen!

Daß das keine Übertreibung ist, weist der „Borw.“ zahlenmäßig wie folgt nach:

Die Ausgaben für den Militarismus (nebst Marine und Kolonialpolitik) haben sich binnen zehn Jahren annähernd verdoppelt! Im Jahre 1898 betragen die Ausgaben für das Reichsheer, die Marine, die Kolonien, den Reichsinvalidenfonds, den Allgemeinen Pensionsfonds und die Verzinsung der Reichsschuld im ordentlichen und außerordentlichen Etat insgesamt 900 Millionen Mark. Im Jahre 1908 sind die gleichen Ausgaben auf 1560 Millionen Mark angewachsen! Sie setzen sich wie folgt zusammen:

Reichsheer.	
Ordentlicher Etat	Fortdauernde Ausgaben . 670 Millionen
	Einmalige . 128
Außerordentlicher Etat	„ . 56
Marine.	
Ordentlicher Etat	Fortdauernde Ausgaben . 184
	Einmalige . 115
Außerordentlicher Etat	„ . 90
Pensionsfonds	„ . 107
Reichsinvalidenfonds	„ . 37
Reichsschuldverzinsung	„ . 155
Kolonien.	
Fortdauernde Ausgaben	„ . 1 000 000
Reichskolonialamt	„ . 45 700 000
Außerordentlicher Etat	„ . 8 200 000
Kautionen	„ . 10 600 000
Expedition nach Ostasien	„ . 6 500 000

Summa 72 900 000

Gesamtsumme zirka 1560 Millionen!

Diesen kolossal gesteigerten Ausgaben entsprechend sind denn auch die Einnahmen aus den Zöllen und Verbrauchssteuern enorm gestiegen. Während die Einnahmen 1898 daraus nur 701 Millionen betragen, waren sie 1908 auf 1009 Millionen angewachsen! Zwanzig Jahre zuvor, 1888, hatten diese Einnahmen gar nur 493 Millionen betragen, also nicht halb so viel, wie 1908. Damals freilich beliefen sich auch die sämtlichen Ausgaben für Militarismus und Marinismus auf noch nicht 700 Millionen Mark, also weit weniger als die Hälfte der Ausgaben vom Jahre 1908!

Aber so enorm auch die indirekten Steuern angewachsen sind, die Ausgaben für den Militarismus und Marinismus sind doch noch rascher gewachsen. Auch die bei der letzten „Reichsfinanzreform“ geschaffenen neuen Steuern, die Frachtkundensteuer, die Besteuerung der Kraftfahrzeuge und Aufsichtsratsantien, und endlich die Erbschaftsteuer, waren nur ein Tropfen auf einen heißen Stein. Die ganze Reichseinnahme aus Zöllen, Steuern und Gebühren beträgt 1908 1258 Millionen Mark, während der Militarismus allein 1560 Millionen verschlingt! Und wenn wir auch noch alle sonstigen Einnahmen des Reiches hinzunehmen, die Einnahmen aus der Reichspost- und Reichseisenbahnverwaltung in Höhe von zusammen 130 Millionen, die 37 Millionen aus dem (demnächst aufgebrauchten) Reichsinvalidenfonds, 25 Millionen aus der Reichsdruckerei und der Reichsbank und 68 Millionen diverser kleiner Einnahmen, zusammen also 260 Millionen, so macht das 1258 + 260 Millionen, zusammen erst 1517 Millionen, also noch immer weniger, als allein die Reichsausgaben für den Militarismus und Marinismus!

Kein Wunder, daß da wieder eine Anleihe in Höhe von 260 Millionen aufgenommen werden mußte!

Und da haben die bürgerlichen Parteien noch den unglaublichen Mut, einer Marinevorlage zuzustimmen, die künftig weitere 100 Millionen jährlich erfordert! Dagegen hat man die Erhöhung der Beamtenbesoldung, die nur 90 Millionen jährlich kosten würde, so lange zurückgestellt, bis Deckung geschaffen ist! Wohl aber soll das Reich wieder die Garantie für koloniale Eisenbahnanleihen in Höhe von ein paar hundert Millionen übernehmen!

Das Reichsdefizit beträgt schon gegenwärtig mindestens eine Viertelmilliarde; die Vermehrung der Marineausgaben, die Aufbesserung der Beamtengehälter, die Kolonialanleihen werden es auf eine halbe Milliarde erhöhen. Es müssen also, wenn der Bankrott verhütet werden soll, für mehrere hundert Millionen neue Steuern bewilligt werden. Und da Konservative und Zentrum sich ausdrücklich gegen direkte Reichssteuern erklärt haben, Nationalliberale und Freisinnige höchstens durch einige Schönheitspflasterchen in Gestalt direkter Steuern das abstoßende Bild der indirekten Steuererschöpfung der arbeitenden Klassen zu mildern beabsichtigen, ist es ganz klar, daß die nach Lage der Dinge ja unausbleibliche neue Reichsfinanzreform wiederum einen schweren Aberlaß der nichtbesitzenden Klasse darstellen wird!

Reichsbankrott oder Volksausplünderung — etwas anderes kann es ja bei dem kolossalen Wachsen unserer militärischen, maritimen und westpolitischen Ausgaben gar nicht geben! Wer für die Westpolitik ist, ist auch verantwortlich für die schmachvolle Volksausplünderung! Zentrum und Freisinn aber sind die Hauptschuldigen!

## Politische Rundschau.

Deutschland.

Der Reichstag.

beriet am Mittwoch die beiden Interpellationen über die Schiffsabgaben, die von unserer Fraktion und dem Freisinnigen eingebracht worden waren. Unsere Interpellation wurde vom Genossen Frank-Mannheim, die freisinnige Interpellation vom Handelsreisenden Raempff begründet. Genosse Frank und nach ihm Genosse David brandmarkten den preussischen Wasserpartikularismus und zerpflückten unbarmherzig die schönen Redensarten, mit denen die Bethmann-Hollweg und Breitenbach die agrarischen Zwecke zu bemänteln suchten, die mit den geplanten Schiffsabgaben verfolgt werden. Selbst der jahme Raempff und der milde Schrader sprachen von der Verkehrseindringlichkeit der agrarisch beeinflussten Regierung und Günther, der langjährige Weiswarenfabrikant aus Sachsen, bekam einen Anfall von Demokratenzorn, der seinen prächtigen Fraktionsgenossen Raempff in Knigge-Entrüstung versetzte und ihm einen Ordnungsruf auspreßte. Die zutreffendsten Ausdrücke, mit denen Genosse David die preussische Methode gekennzeichnet hatte, die anderen Bundesstaaten teils durch Drohungen, teils durch Versprechungen für die Schiffsabgaben zu kirren, wurden von Ude dem Sittenhüter mit zwei Ordnungsrufen belegt. Die Rechte ist natürlich Feuer und Flamme für die Schiffsabgaben; ihr Redner Kretsch brachte mit einer Offenheit, die man fast lobenswert finden könnte, die Kanalleidenschaft der ostelbischen Junker und Junkerengenossen zum unverblümten Ausdruck. Auch das Zentrum, das den Liberaleus Gerstenberger und einen gewissen Haub vorschickte, ist für Schiffsabgaben. In der nationalen Brust wohnen wieder einmal zwei Seelen, eine schiffsabgabefreundliche, die in einer Rede des Münchener Bierpflücker Wölzl sich parlamentarisch offenbarte, und eine schiffsabgabefindliche, die in einer Rede des Abg. Heinke etwas eleganter zum Ausdruck kam. Überhaupt sind die Sachsen in dieser Frage alle helle, selbst der dicke Oswald Zimmermann will von den bundesfreundlichen preussischen Stromabgaben nichts wissen. Am Donnerstag stehen Verlesengesetz und Freisinnblamage auf der Tagesordnung.

Das dicke Ende beim Anbuhndel.

Während die „Deutsche Tageszeitung“ den nationalliberalen Kompromißvorschlägen zur Börsennotelle noch abwartend gegenübersteht und Abänderungsanträge ankündigt, ist die „Kreuzzeitung“ über diesen Ausweg voller Begeisterung, an der man die Größe der „liberalen Konzeption“ sehr gut messen kann:

Diese Abänderungen erscheinen uns als nicht allzu große Zugeständnisse der Konservativen gegenüber den Vorteilen, die sie auf dem Gebiete des Getreidemarktes, insbesondere durch die Strafbestimmungen gegen Gewaltspeditionen, erzielt haben. Bei dem ganzen Kompromiß haben die Konservativen sicherlich recht gut abgesehen; hier sind nirgends wirklich wichtige und berechtigte Forderungen geopfert worden, hier fehlen wir keine Preisgabe unentbehrlicher Schutzmaßnahmen für unsere Kapitalisten im Mittelstande, keine Freigabe der wüsten Spekulation, sondern nur eine berechtigte Wiederherstellung volkswirtschaftlich wichtiger und unentbehrlicher Börsengeschäfte von unmoralischer Rechtsunsicherheit.

Wie freilich der Nächstbeteiligte, nämlich die Börse selber, über die berechtigte Wiederherstellung volkswirtschaftlich wichtiger und unentbehrlicher Börsengeschäfte denkt, ist aus diesen Meldungen nationaler Blätter recht drastisch zu ersehen:

An der gestrigen Berliner Produktenbörse zeigte sich eine starke Erregung über die nationalliberalen Kompromißvorschläge, die eine außerordentliche Verschärfung der bisherigen Vorlage bedeuteten. Sie brachten für die Teilnehmer am Getreidehandel Strafbestimmungen nicht nur für Differenzgeschäfte, sondern auch für die ganze Kategorie der verschiedenartigen Arbitragegeschäfte. Der Vorstand des Vereins Berliner Getreide- und Produzentenhändler hielt bereits eine Sitzung ab, in der es besonders wegen der Strafbestimmungen zu erregten Szenen kam.

Die armen Liberalen! Das fehlte gerade noch, daß ihnen jetzt auch noch die Börseleute, ihre letzten ideellen und materiellen Stützen, die Freundschaft ob ihrer erbärmlichen Kompromißpolitik aufkündigt!

Wer hat die Genossen auf dem Lande großgezogen?

Evangelische und Katholische streiten sich in Süddeutschland herum, wenn die Ausbreitung der Sozialdemokratie auf dem Lande zu danken sei. Die „Köln. Volkszeitung“ hatte einen lächerlichen Bericht aufgenommen,



nach welchem „auf dem Lande die Genossen bisher wenig oder garnichts auszurichten vermochten“. Einer ihrer eigenen, sachkundigen Leser stellte aber den Irrtum sofort richtig und fügt dem hoffnungsreichen Bilde seines Glaubensgenossen folgende Rehrseite hinzu:

„Es tut uns wirklich Leid, diese Illusion zerstören zu müssen. Wir, die wir Tag für Tag hinausgehen auf das Land und dort unter den Arbeitern unsere Tätigkeit entfalten, müssen das gerade Gegenteil berichten. Es gibt kaum noch ein Dorflein, in welchem die Sozialdemokraten nicht wenigstens ideale Ansätze haben. Und es gibt wohl kaum einen einzigen Ort mit über 3000 Einwohnern, in dem nicht eine sozialdemokratische Organisation Fuß gefaßt hat. In Bayern erstreckt sich auf dem Lande vielfach eine kleine Industrie. Fast in jeder derartigen Gegend sieht man offene oder verkappte „Genossen“. Es muß auch konstatiert werden, daß eine ganze Reihe katholischer Arbeitervereine nicht genügend, oft garnicht Front gegen die freien Gewerkschaften machen. Vor allem aber sei betont, daß die bayerische Presse zum Teil der christlichen Arbeiterbewegung sich nicht ausreichend annimmt.“

Das ist nur ein gesundes „Fressen für die ewigliche „Konservative Korrespondenz“, die sich Mühe gibt, dem Zentrum die Rolle als Vorfrucht der Sozialdemokratie zuzuwenden, und ihr die Rolle zu übertragen, die der „Liberalismus“ sonst immer spielen mußte. Diese Korrespondenz waagt folgende „Beweisführung“:

Wie die Saat, so die Ernte. „Genosse“ von Bollmar hat offenbar mit seiner Spekulation Recht behalten. Er hat sich feinerzeit gegen Widersacher im sozialdemokratischen Lager verteidigen müssen, als er mit dem Zentrum in Bayern bei den Wahlen gemeinsame Sache gemacht hatte. Hierbei meinte er, abgesehen von anderen Vorteilen, die dieses Bündnis der Sozialdemokratie bringe, werde es dadurch dem Zentrum und katholischen Geistlichen fortan fast unmöglich gemacht, die Sozialdemokratie als eine vom christlichen Standpunkt aus grundsätzlich zu bekämpfende Partei hinzustellen. Dadurch werde der Sozialdemokratie das Vordringen auf dem ihr bis dahin verschlossenen platten Lande außerordentlich erleichtert werden. Es ist also gekommen, wie von Bollmar vorausgesagt hatte, und die mit Hilfe des Zentrums vorgenommene „Reform“ des bayerischen Wahlrechts hat noch das ihrige dazu beigetragen, die Ausbreitung der Sozialdemokratie zu fördern. Was das Zentrum gefaßt hat, wird es nun ernten müssen; leider jedoch nicht nur zum eigenen, sondern zum Schaden der Allgemeinheit.

Wir haben an dem Streit der Kirchenjöhne natürlich ein erhebliches Interesse, sind aber doch bereit, zu seiner Schlichtung das unsere beizutragen. Und da muß ihnen zugestanden werden, daß besonders seit der Annahme des Zolltarifs durch Konservative und Klerikale beide Parteien das ihre getan haben, um die kleinen Landleute über den „Bruder Sunker und Großgrundbesitzer“ aufzuklären. Se vollstündlicher die Taktik der beiden Parteien wird, um so größer werden die Scharen derer, die in unsere Reihen treten. Das Verdienst gebührt beiden.

### Freisinnige Arbeiter über den Freisinnsverrat beim Reichsvereinsgesetz.

Die „Düsseldorfer Post“, das Blatt der freisinnigen Arbeiter in Rheinland-Westfalen, die jüngst den fortschrittlichen Arbeitertag in Essen veranstaltet haben, beschäftigt sich in seiner letzten Nummer mit dem Verhalten der Linksliberalen in der Vereinsgesetzkommission. Das Blatt bebauert im Interesse des Liberalismus, daß die Freisinnigen in der Verteidigung der von ihnen eingebrachten Fassung des § 7 „mutig zurückgewichen“ seien; wenn die jetzt von der Kommission beschlossene Fassung Gesetz werde, stehe das Vertrauen der Arbeiter zum Liberalismus auf dem Spiele. Dann heißt es weiter:

„Der neue Paragraph 7 bedeutet einen Verrat an den liberalen Grundätzen, den wir den Führern nicht zugetraut hätten. Die Mehrheit der Fraktionsgemeinschaft hat sich auf eine abschüssige Bahn begeben, die sie und den Liberalismus in das Verderben führt. Bisher hat die Hülse der Muttersprache als etwas Heiliges gegolten; mit diesem uralten Menschenrecht will die parlamentarische Mehrheit des entschiedenen Liberalismus brechen. Dieser Grundsatz unserer Väter soll zum alten Eisen geworfen werden, um dadurch noch einige Monate länger den Blatmbloß halten zu können. ... Wenn es den Vertretern des entschiedenen Liberalismus ernst ist mit ihrem Eintreten für die Arbeiter, wenn sie wollen, daß die Arbeiterschaft für ihn gewonnen werden soll, dann müssen sie das Kompromiß ablehnen. Wird der Sprachenparagraph Gesetz, dann kann von einer erfolgreichen Agitation unter den fremdsprachlichen Arbeitern auf wirtschaftlichem Gebiete keine Rede mehr sein; ob das im Interesse unseres Volkes ist, wollen wir dahingestellt sein lassen. Uns wird es nicht wundern, wenn diese Mundtotmachung der Arbeiter sich in Gewaltthaten Luft machen würde. Das Verbleiben der Linksliberalen auf dem leider schon betretenen Wege ist Verrat an den Grundätzen, die unseren Vätern schon heilig waren.“ Die Führer mögen das bedenken. Noch in es Zeit, noch kann umgekehrt und das Vertrauen des Volkes wieder erlangt werden. Geschieht es nicht, dann kann der Liberalismus sein Testament machen, dann hat er seine Rolle im politischen Leben ausgespielt.“

Weiter schreibt das Blatt, mit jadencheinigen Grund und sei noch nie ein Kompromiß von solcher Tragweite verteidigt worden. Vielleicht habe der Liberalismus gefürchtet, daß bei Ablehnung des Reichsvereinsgesetzes das preussische Abgeordnetenhaus die Sprachenfrage in schärferer Form durchsetzen werde. Aber wenn Regierung und Parlament in Preußen das Bedürfnis hätten, sich vor allen denkenden Kulturvolkern bis auf die Knochen zu blamieren, so sei es doch nicht Sache des Liberalismus, sie durch die Preisgabe seiner eigenen Grundätze davon abzuhalten. Der Artikel schließt:

Höher als ein Reichsvereinsgesetz, noch dazu ein solches, das gleichzeitig ein Ausnahmegesetz gegen Millionen Reichsangehörige enthält, sieht die untadelige Galtung der Linksliberalen. An den parlamentarischen Führern liegt es, daß der entschiedene Liberalismus mit einer unbeschmutzten Warte aus der Affäre hervorgeht. Man möge nach dem Ernst der Lage wohl vor Augen halten. Die Zukunft des Liberalismus steht auf dem Spiele, er verliert alles Vertrauen im Volke, wenn er nachgibt, er kann vieles gewinnen, wenn er festbleibt. Möge der große Moment kein kleines Geschlecht finden.“

Die Hoffnung der freisinnigen Arbeiter, daß die Linksliberalen Fraktionen sich ihres Verrates schämen und ihn wieder gut machen werden, ist mehr als kindlich. Die Bayer, Paderne und Kopsch fühlen sich zu wohl in der Gunst der Regierung, als daß sie den Platz an der Sonne Bülow's wieder aufgaben. Das wird nur eintreten, wenn der allgemeine Volkswille diese Verräter jedes demokratischen Gedankens von der politischen Bühne fortsetzt.

### Über die überseeische Auswanderung aus Deutschland im Jahre 1907

bringt das letzte Vierteljahrsheft zur Statistik des Deutschen Reiches folgende Angaben: Es wanderten deutsche Einwohner aus:

Jahr	überhaupt	auf 10 000 Einwohner
1900	22 809	4,0
1901	22 078	3,9
1902	32 098	5,6
1903	36 810	6,1
1904	27 984	4,7
1905	28 074	4,7
1906	31 074	5,0
1907	31 696	5,1

Die überseeische Auswanderung, die in den Jahren der wirtschaftlichen Prosperität zurückgegangen war, hat also in den letzten beiden wieder eine geringe Steigerung erfahren. — Von den einzelnen Staaten und Landesteilen stellte das größte Kontingent der Auswandernden im letzten Jahre Bayern mit 3404, Posen (3332), Brandenburg mit Berlin (2725) und die Provinz Hannover (2424).

Die unter den Auswanderern am zahlreichsten vertretene Berufsgruppe war die der Land- und Forstwirtschaft, die 10 920 Personen stellte; es folgte die Industrie mit Bauwesen mit 8932, Handels- und Versicherungsgewerbe mit 3144, häusliche Dienstboten mit 2725, Bergbau und Salinenwesen mit 1303.

Was Geschlecht und Alter der Auswandernden anbelangt, so ergibt sich, daß an der deutschen Überseeauswanderung die männlichen Personen in höherem Maße als die weiblichen beteiligt sind. Von den 29 949 Personen, für welche diesbezügliche Nachweise vorliegen, sind 17 288 männlichen, 12 661 weiblichen Geschlechts. Mehr als zwei Drittel der Auswanderer fanden im Alter von 17 bis 50 Jahren. Es reisten 12 605 Personen in Familien und 17 321 allein. Da 3501 auswandernde Familien gezählt wurden, so kamen also auf jede durchschnittlich 3,6 Köpfe. Häufig vollzieht sich die Auswanderung in der Weise, daß das Familienoberhaupt voranreist und dann seine Angehörigen nachkommen läßt.

### Aus dem Kulturstaat Preußen.

Die Wertschätzung, die in Preußen die Volksschule unter der Herrschaft der Sunker und Pfaffen genießt, zeigt die nachstehende Aufforderung an die Eltern schulpflichtiger Knaben, ihre Kinder Lehrer werden zu lassen. Die Aufforderung, die dem „Jehdenicker Anzeiger“ entstammt und von der „Pädagogischen Zeitung“ wiedergegeben wird, lautet:

Bei der gegenwärtigen günstigen materiellen Lage der Elementarlehrer (?) erscheint es angezeigt, Eltern von Söhnen darauf aufmerksam zu machen, dieselben Lehrer werden zu lassen. Kein Stand wird besser bezahlt und kommt schneller zu Brot als der Elementarlehrerstand. Mit 20 Jahren schon haben die jungen Leute ein Einkommen wie in keinem anderen Berufe. Zur Aufnahme in die Anstalt genügt der Nachweis selbst der kleinsten Dorfschule, und was in einer solchen gelehrt, gelernt und geleistet wird, ist ja nicht allzuviel. Große Geistesgaben sind zur Ergreifung dieses Berufes nicht unbedingt nötig, auch Schwachbegabte werden ohne große Mühe die Abgangsprüfung bestehen, wenn sie das Durchgenommene gut auswendig gelernt und von sich geben können.

An diese Zeilen schließt sich noch eine direkte Anlockungsreklame. Das Kennzeichnende an der ganzen Sache ist, daß der Verfasser der Notiz ein Ortsschulinspektor, allerdings ein — geistlicher, ist. Daß Leute, die von der Volksschule eine so hohe Meinung haben, daß sie selbst Schwachbegabte für fähig halten, das höchste Gut der Nation, die heranwachsende Jugend, zu erziehen, mit der Aufsicht über die Volksschule betraut werden, kennzeichnet die Kulturhöhe des preussischen Sunkerstaats.

### Bei der Reichstagsstichwahl

im 1. hannoverschen Wahlkreis wurde Fegter (Freisinnige Vereinigung) mit 12 687 gegen 9015 Stimmen, die auf den Antisemiten Groeneveld fielen, gewählt.

### Frankreich.

**Geschwinnis Beerdigung.** Eine eindrucksvolle Demonstration russischer Revolutionäre fand in Paris statt. Der jüngst in Zürich verstorbene Führer der revolutionären Organisation, Gerschuni, wurde auf dem Montparnasse-Friedhofe begraben, und mehr als viertausend Menschen folgten dem Leichzuge. Ein Wagen, bedeckt mit Kränzen, fuhr dem Zuge voran, andere Kränze, meistens mit roten Schleifen versehen, wurden von den Teilnehmern getragen. Am Grabe wurden siebenundzwanzig Reden in russischer und französischer Sprache gehalten. In der Trauerverammlung fiel besonders die Revolutionärin Wera Figner auf, die Geschwinnis Gefangenenschaft in Sibirien geteilt hatte.

### Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Donnerstag, den 2 April.

**Achtung, Metallarbeiter!** Zugang von Drahtspinnern und Helfern nach Lübeck ist streng fernzuhalten, da bei der Firma W. H. Köpp und Co., Katharinenstraße, ein Streit ausgebrochen ist.

**Sämtliche organisierten Schuhmacher** sind ab 1. April in den Streit getreten. Zugang ist fernzuhalten.

**In den Streit eingetreten** sind die Steinseher, Hammer und Hilfsarbeiter Lübeck's, weil die Unternehmer ihnen nicht das geringste Entgegenkommen gezeigt haben. Zugang ist strengstens fernzuhalten.

**Achtung Maurer!** Über sämtliche Fuhrarbeiten des Verwaltungsgebäudes des Steuerbureaus, Firma Görner und Heidenreich, ist seitens des Zweigvereins die Sperre verhängt. — Der Zugang von Maurern nach der Insel Fehmarn ist fernzuhalten.

**Zugang nach der Grebedmühlener Malzfabrik ist streng fernzuhalten.**

**Zugang von Maurern und Zimmerern nach Söhrmann in Travemünde** ist streng fernzuhalten, da die Sperre über diese Firma verhängt ist.

Die Wahl des Reichstagsabgeordneten für den Wahlkreis Lübeck, Genossen Theodor Schwarz, ist am Mittwoch von der Wahlprüfungscommission für gültig erklärt worden, und zwar wurde dieser Beschluß einstimmig gefaßt. Noch in den letzten Tagen wurden nach auswärts Meldungen gesandt, in denen die Ungültigkeitserklärung der Wahl unseres bewährten Genossen als sicher hingestellt wurde. Wie wir bereits betonten, entbehrten diese Nachrichten ebenso jeder tatsächlichen Unterlage, wie die meisten im Wahlprotest von dem Zentralwahlkomitee der vereinigten bürgerlichen Parteien aufgestellten Behauptungen. Über die Dienstags-Verhandlungen der Wahlprüfungscommission, soweit dieselben sich auf die Wahl des Genossen Schwarz bezogen, liegt uns folgender Bericht vor:

Die Prüfung der Wahllisten hatte ergeben, daß außer kleinen Unregelmäßigkeiten besonders zu rügen ist, daß in einem Wahlbezirk ein Protokollführer fungierte, der in diesem Bezirk nicht als Wahlberechtigter in der Wählerliste fungierte. Der Wahllist würde also zu kassieren sein. Die Kassierung würde aber zugunsten Schwarz' ausfallen, weil in diesem Bezirk sein Gegner eine viel größere Stimmenzahl erhalten hat. Schwarz hat 11 575 Stimmen erhalten, sein Gegner Klein (Zf. Bg.) 11 287; die Mehrheit für Schwarz beträgt 137 Stimmen über die absolute Mehrheit.

Gegen die Wahl ist ein Protest von den Vorständen der gesamten bürgerlichen Parteien Lübeck's rechtzeitig eingegangen. Der Protest stellt zunächst eine Reihe von Behauptungen auf, die teils durch Erledigung der amtlichen Memento, auf die sie sich beziehen, hinfällig geworden sind, die andernteils kleine Fehler rügen, die zur Verschiebung einzelner Stimmen führten; andere sind nicht genügend substantiiert oder enthalte unrichtige Angaben, die durch die Akten aufgeklärt werden und darum unbeachtlich bleiben.

Dann rügt der Protest, daß die Insassen des „Heiligen Geist-Hospitals“ in Lübeck als Nichtwahlberechtigte angesehen und darum auch nicht in die Wählerlisten eingetragen wurden. Nach der Wahl wurde das von den Gegnern der Sozialdemokratie aufgegriffen und sofort als Protestmaterial verwandt. Da in dem Protest nicht behauptet ist, daß die Betreffenden sich erfolglos um ihre Eintragung in die Wählerliste bemüht haben oder von der Wahlurne zurückgewiesen worden wären, so erklärte die Kommission diese Protestangabe für unerheblich.

Ferner behauptete der Protest, es sei für 124 namentlich im Protest aufgeführte eingetragene Wähler mit ihrem oder ohne ihr Wissen von anderen dritten Personen gewählt worden, weil diese namhaft gemachten Personen nicht mehr in Lübeck wohnhaft seien, sondern in anderen Orten, Hamburg, Kiel usw. arbeiteten. Dieser Behauptung fügt der Protest die Beschuldigung hinzu, sie gäbe „Anlaß, den begründeten Verdacht auszusprechen, daß in diesen Fällen ein systematisches Vorgehen der sozialdemokratischen Partei zu erblicken“ sei. Zur Erklärung dieser Beschuldigung sei hier angeführt, daß das Kommissionsmitglied der sozialdemokratischen Fraktion eine Umfrage bei den im Protest namhaft gemachten Personen anstellen ließ, die bisher bei 74 der Angefragten ergab, daß diese 74 behaupteten, selbst an der Wahlurne ihre Stimme abgegeben zu haben. Die meisten der angegebenen 124 Personen sind Tischlergehilfen, die infolge des Tischlerstreiks außerhalb Lübeck's arbeiteten, aber ihre Familien, zu denen viele wöchentlich zurückkehrten, wohnten in Lübeck. Diese Erklärung wurde auch in der Kommission abgegeben, aber natürlich wurde die Behauptung für erheblich erachtet und einstimmig beschlossen, eventuell Erhebungen über sie anstellen zu lassen.

Nach alledem beauftragte die Kommission die beiden Referenten, eine Berechnung anzustellen darüber, ob die für erheblich erachteten Punkte resp. deren ziffermäßige Folgen die Mehrheit für Schwarz erschüttern würden. Die endgültige Beschlußfassung wurde bis nach dieser Beratung ausgesetzt und die Weiterprüfung auf Mittwoch vertagt.

Am Mittwoch beantragte sowohl der Referent Dr. Neumann-Hofer (Zf. Bg.) als auch der Korreferent Geyer (S.D.) die Wahl unseres Genossen Schwarz für gültig zu erklären, da auch nach Abzug aller irgendwie in Betracht kommenden Stimmen für Schwarz 74 Stimmen über die absolute Mehrheit verbleiben. Die Wahlprüfungscommission beschloß demnach, wie bereits gesagt, einstimmig die Gültigkeitserklärung der Wahl. — Wir werden auf die Angelegenheit noch zurückkommen, wenn uns der vollständige Bericht der Wahlprüfungscommission vorliegt. Soviel sei jedoch schon heute gesagt: Es ist wohl selten ein Wahlprotest leichtfertiger und frivol aufgestellt worden, als es von den vereinigten bürgerlichen Parteien Lübeck's der Fall war. Sicherlich haben die Gegner dasselbe Recht, das auch wir für uns in Anspruch nehmen, nämlich durch Hinweis auf vorgekommene Unregelmäßigkeiten oder Ungeleglichkeiten die Gültigkeit einer Wahl anzufechten. Aber ohne jeden tatsächlichen Anhalt, geradezu ins Blaue hinein, eine ganze Anzahl von Personen der Wahlmogelei und damit des Betruges zu beschuldigen, dazu bedarf es schon der den vereinigten bürgerlichen Parteien eigener Reichsverbands-



moral, die es mit der Wahrheit und mit der Ehre von Mitmenschen, sofern es sich um Sozialdemokraten handelt, nicht gerade genau nimmt. Eine Unverschämtheit sondergleichen ist es jedoch, von einem systematischen Vorgehen der sozialdemokratischen Partei zu sprechen; die Wahlfälle waren bisher stets in den „Staatsverhaltenden“ Kreisen zu suchen und zu finden.

Die organisierten Maurer Lübeck nahmen, anschließend an den am Dienstag im „Volksboten“ veröffentlichten Artikel „Friede im Baugewerbe“ in ihrer am 1. April stattgefundenen Extra-Versammlung folgende Protest-Resolution einstimmig an:

Die am Mittwoch, den 1. April, tagende Mitgliederversammlung des Zweigvereins der Maurer Lübeck nimmt Kenntnis von den Einigungs-Verhandlungen, die am 25. bis 27. März in Berlin zwischen Vertretern der Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter einerseits, sowie Vertretern des Arbeitgeberverbandes andererseits stattgefunden haben.

Die Versammlung bedauert, daß Vertreter unserer Organisation einen derartigen verschlechternden Arbeits-Tarif den in Betracht kommenden Berufen zur Annahme empfehlen.

Wir weisen ferner mit Entrüstung zurück, daß uns jedes auf demokratischer Grundlage aufgebautes Selbstbestimmungsrecht genommen wird,

erlicken vielmehr unsere Vertreter, bei einer sofort stattfindenden Verhandlung einen annehmbaren, aber nicht von Knebelungsverträgen durchsetzten Vertrag zu schaffen; wenn nicht, so ist der ganze Vertrag abzulehnen.

Wir ersuchen ferner alle Kollegen in den verschiedenen Zweigvereinen, die danach trachten, ihr Selbstbestimmungsrecht zu erhalten und eine derartige Vergewaltigungspolitik ablehnen, energisch Protest zu erheben. Alle auf demokratischer Grundlage aufgebauten Gewerkschaften können, wenn sie ihren Grundgedanken gemäß gewillt sind, die Arbeiter aus der Knechtschaft des Kapitalismus zu befreien, einen derartigen, paritätischen, im folgenden Tarifvertrag niemals zur Annahme gelangen lassen.

Alle arbeitervriendlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.

#### „Anstand der Steinseher, Hammer und Hilsarbeiter.“

Nachdem auch die letzten Verhandlungen mit den Unternehmern in zwölfter Stunde gescheitert waren, traten sämtliche im Steinsehergewerbe beschäftigten Leute einmütig in den Streit. In der danach abgehaltenen Versammlung wurde der Situationsbericht erstattet. In die Streikliste ließen sich 73 Kollegen einschreiben. Davon sind 11 Kollegen abgereist. Es ergibt sich daraus, daß wir großen Muttes der Zukunft entgegensehen können. Des weiteren wurde ein Entlassungsplan einer Kritik unterzogen, den ein Meister einem fremden abreisenden Kollegen ausgestellt hatte. Da derselbe gegen die guten Sitten verstößt, wird sich das Gewerbegericht noch damit befassen. Folgende aus der Versammlung eingebrachte Resolution gelangte einstimmig zur Annahme: „Die Versammlung der streikenden Steinseher, Hammer und Arbeiter beschließt, unter allen Umständen an den gestellten Lohn- und Arbeitsforderungen festzuhalten. Die Streikenden sind jederzeit bereit, mit den Arbeitgebern zu unterhandeln eventl. unter Anrufung des Einigungsamtes.“

#### e. Lohnbewegung im Schuhmachergewerbe.

Ende Dezember v. J. wurde bekanntlich der am 31. März d. J. ablaufende Lohn- und Arbeitsvertrag gekündigt und folgende Forderungen gestellt: 1) 9 stündige Arbeitszeit, bisher 9 1/2 Stunden; 2) 48 Wfg. Stundenlohn, bisher 42 Wfg.; 3) für überstunden 60 Wfg.; 4) für Nachhilsarbeit 54 Wfg.; 5) Abschluß des Tarifes auf 1 Jahr, jedoch soll derselbe selbstverständlich wie bisher stillschweigend auf je 1 Jahr weiterlaufen, wenn er nicht 1 Jahr vorher gekündigt wird. Zunächst allgemeines Entgegennehmen dieser „ungeheuerlichen“ Forderung. Herr Baurenfeind drohte sogar mit sofortiger Entlassung sämtlicher Arbeiter, wenn dieselben sich nicht bis zum 10. Januar verpflichteten, für 45 Wfg. auf 3 Jahre mit ihm abzuschließen. Hieraus konnten natürlich unsere Kollegen nicht eingehen; sie verließen Herrn B. an die Lohnkommission. Die Entlassungen unterblieben zwar zunächst, doch wurden nach und nach vier Kollegen entlassen. Bei der vierten Entlassung stellten auch die übrigen Kollegen ihre Arbeit ein. Nach einer Verhandlung seitens der hiesigen Ortsverwaltung mit Herrn B. wurde der zuletzt Entlassene, welcher 5 Jahre im Geschäft tätig ist, wieder eingestellt, und auch die übrigen Kollegen nahmen die Arbeit wieder auf. Daß die Entlassungen nicht wegen Arbeitsmangel erfolgten, ergibt sich daraus, daß in zwischen zwei Logisarbeiter eingestellt wurden; doch diese sollen angeblich wieder entlassen sein. Während der Zeit fanden Verhandlungen mit der Lohnkommission der Arbeitgeber statt, deren Hauptvorsitzender auch wieder Herr B., sowie die Herren Thiele, Fischergrube und Bernhard, Hütten-damm waren. Die Sache kam jedoch nicht vom Fleck. Abgeschlossen wurde selbstverständlich alles. Zunächst wurden 44 Bescheid für die ersten 2 Jahre und 47 Wfg. für die folgenden 2 Jahre geboten. Nachdem dies unersetzlich abgelehnt war, wurden in einer gemeinschaftlichen Versammlung durch Herrn Baurenfeind mit donnernder Stimme 45 Wfg. auf 3 Jahre Abschluß, oder Streit bis in die Wuppen geboten. Die Kollegen erklärten sich mit 45 Wfg. einverstanden, jedoch niemals mit dem Abschluß auf 3 Jahre, sondern auf 2 Jahre, für das dritte Jahr eventuell 3 Wfg. Aufschlag und neunstündige Arbeitszeit. In diesem Sinne äußerte sich auch der Hauptvorsitzende unseres Zentral-Vorstandes. Die Arbeitgeber beharrten auf ihrem Standpunkt, ebenso auch unsere Kollegen; sie wollen die 9 stündige Arbeitszeit nicht auf 3 Jahre hinauseingeschoben haben, und so legten am 1. April morgens sämtliche organisierten Kollegen die Arbeit nieder. Bemerkenswert ist noch, daß, als der Vorschlag auf 3 Jahre Abschluß von den Kollegen in geheimer Abstimmung abgelehnt wurde, Herr Baurenfeind seinen Hut aufsetzte und mit fast allen seinen Kollegen die Versammlung verließ. Und wieder drohte Herr Baurenfeind mit sofortiger Entlassung. Unser Kampf gilt für die neunstündige Arbeitszeit, wenn auch nicht jetzt, so doch für die folgenden zwei Jahre und das kann unter einem Stundenlohn von 48 Wfg. gewiß nicht geschehen. Leider gibt es auch wieder einige auch-Kollegen, die es nicht nötig zu haben scheinen, sich der Organisation anzuschließen und lieber den Arbeitswilligen markieren, so bei Bernhard die Kollegen Boller und Böß, bei Dettmann, Königitz, Peters und Lippold; für die müssen die organisierten Kollegen die Kastranen aus dem Feuer holen. Von den Arbeitern Lübeck erwarten wir, uns in diesem Kampfe ihre Solidarität zu beweisen und uns in unserem Kampfe zu unterstützen.

6. Zur Lohnbewegung im Tapezierergewerbe. Wie auch aus dem letzten Bericht ersichtlich, hatte die Gehilfenschaft den Abschluß eines Tarifes, der statt Verbesserungen Verschlechterungen bot, abgelehnt, und dies der Zwangs- einigung mitteilen lassen, wozu genauer und höflicher Anführung der Begerründe, sowie ferner wissen lassen, daß die Gehilfenschaft trotzdem bereit sei, an der Hand der schon ohnehin reduzierten und der Janung am 1. März zugestellten

Forderungen zu verhandeln. Weiter war ersucht worden, dies alles der Janung mitzuteilen. Die Gehilfenschaft beschloß, weil eben ein neuer Tarif nicht in Aussicht stand, stellenweise um eine fünfprozentige Lohnerhöhung vorzugehen, was nun auch schon geschehen und größtenteils auch bewilligt worden ist. Nach dem überaus höflichen und präzisen Schreiben der Gehilfenschaft fühlte sich der Obermeister — ein nach dem Muster des Zaren regierender Herr — durch- aus nicht genötigt, das Schriftstück zur Kenntnis der Janung zu geben, sondern die Lohnkommission (nur die paar Meister unter sich) hielt sich für kompetent Beschlüsse zu fassen, nach welchen die übrigen Meister, die sonst nur den Mund zu halten haben, absolut handeln sollten. In einem Schreiben an den Altgehilfen teilt dann die Kommission mit, daß sie zu ihrem größten Bedauern (?) gesehen hat, daß sämtliche Bewilligungen (!) von der Gehilfenschaft abgelehnt worden sind. Weiter wird dann orakelt, daß alle Zuge- ständnisse und Verbesserungen bis 1. April 1908 aufrecht erhalten bleiben sollen. Erfolge bis dahin eine Zustimmung nicht, würden sie sich veranlaßt sehen, weitere Verhandlungen abzubrechen und nach dem alten Tarif weiterarbeiten lassen. Eine Lohnerhöhung seitens der Meister finde nicht, (recht deutlich unterstrichen) statt. Zum Schluß kam die immer übliche Drohung des Obermeisters, bei keiner Zustimmung der Gehilfenschaft den paritätischen Arbeitsnachweis ab 1. April „aufzulösen“. Das letztere ist nichts als ein ganz plumper Schlag ins Wasser. Die Gehilfenschaft besteht nicht aus Kindern, die sich bange machen lassen; das sollte der Herr doch bald wissen. Was die Lohnerhöhung betrifft, haben die Gehilfen sie, wie schon erwähnt, bereits erhalten bzw. durchgedrückt. Von Bewilligungen, Zugeständnissen und Verbesserungen im Tarif haben die Gehilfen bisher nichts bemerkt, sie suchen immer noch danach. Daß weiter beschlossen worden war, den einzelnen Gehilfen zum 1. April einen Vertrag vorzulegen nach dem berühmten Muster der Maler, was bei Nichtunter- schreiben die Entlassung, so quasi eine Aussperrung, zur Folge haben würde, war zwar nicht mitgeteilt aber den Gehilfen durch Zufall bekannt geworden. Der Vater dieses Gedankens und frommen Wunsches ist der Herr Tapeziermeister H. Holt, ein echt liberaler Mann, im vorigen Herbst bereits schon von den freisinnigen Männern einmal als Kandidat für die Bürgerstimmabwahl vorgeschlagen, ein Mann, der sich stets gegen den Vorwurf der Reaktion wehrt, aber wirklich nichts weiter ist als ein richtiger Schamacher in der Zwangsinnung der Tapezierer. Diesem Herrn, der selbst nicht mal einen halben Mann im Jahr beschäftigt kann, schwebt immer der jetzt bestehende Malertarif als Ideal vor Augen und er möchte denselben auch im Tapezierergewerbe gar zu gern eingeführt wissen. Doch scheitert die Ausführung nur an der Solidarität der Gehilfen. Diefem Herrn hat es die Janung ganz allein zu verdanken, daß es leider bisher noch nicht zum Abschluß eines Tarifes gekommen ist. — Die Gehilfenschaft hatte die Augen aber offen und sagte noch in letzter Stunde die richtigen Beschlüsse und machte dadurch die Anschläge der überstülpigen Herrn in der Kommission zu Wasser. Hoffentlich ist es den Meistern, die Gehilfen beschäftigen, in den letzten Tagen klar geworden, daß sie den reaktionären Einflüsterungen einzelner Schams- macher nicht länger Folge leisten können. Denn an der Solidarität der Gehilfenschaft haben sich schon verschiedene den Schädel blutig gerannt. Das ganze Benehmen der Meister während der Verhandlungen dem Gehilfenausschuß gegenüber hat die Gehilfen so zusammengezwängt, daß sie wie ein Block zusammenstehen und sich durch nichts betören lassen, und auch zu jederzeit wieder für diejenigen eintreten, die sie mit der Vertretung ihrer Interessen beauftragt haben. Zum Abschluß eines annehmbaren Tarifes ist die Gehilfenschaft stets bereit, aber Verschlechterungen wird sie jetzt und inmerdar von sich weisen. Leider ist es in 3 Werkstätten durch eine geringe Einstichlosigkeit der Firmen- inhaber zum Ausstand gekommen. Bei der Firma Fr. Schramm, Mühlensstraße, waren zwei Kollegen weit unter dem sonst bei dieser Firma üblichen Lohn eingestellt. Mit dem Zuschlag von 5 Proz. wären die Betroffenen mit ihrem Lohn noch hinter dem im letzten Jahr bereits bei Herrn Schramm bezahlten Löhnen zurückgeblieben. Als sie einen höheren Lohn forderten, wurde ihnen schroff erwidert, es wären Gehilfen genug zu bekommen. Die Firma mußte deshalb gesperrt werden. — Weiter ist es bei der Firma Schötsch & Söhne in der Mariesgrube und Mohr, Engelsgrube, zum Ausstand gekommen, weil den dort beschäftigten Kollegen eine 5prozentige Lohnerhöhung auf die zum Teil recht minimalen Löhne — bei einer sehr beträchtlichen Arbeitsleistung — versagt wurde. Wir bitten das Arbeiterpublikum, dies zu beachten. Die Werkstätten bleiben solange für Tapezierer gesperrt, bis auch hier eine Lohnerhöhung bewilligt wird. — Die Ausständigen sind bereits wieder untergebracht und zwar bei Meistern, die sich freuen, auch einmal einen Gehilfen in der Saison zu bekommen, und die anderen Herren haben das Nachsehen.

Durch ungebührliche Bemerkungen auf Arbeitsbescheinigungen Leute in ihrem Fortkommen zu hindern, ist ein von den Arbeitgebern häufig angewandter Trick. Auch der Steinsehermeister Wellmann, Dornstraße, versteht die Entlassungs- schein der bei ihm beschäftigt gewesen und ordnungs- mäßig abgegangenen Arbeiter mit dem gefehlich unzulässigen aber sehr durchsichtigen Vermerk: „am 1. April 1908 die Arbeit niedergelegt.“ Vor dem Gewerbegericht wird er sich erst eine Belehrung darüber holen müssen, daß es nach der Gewerbeordnung nicht statthaft ist, Arbeiter durch Ver- merke auf den Arbeitsbescheinigungen zu kennzeichnen.

Arbeitersekretariat. Die Zahl der Besuche belief sich im Monat März auf 812 (766), die der Besucher auf 869 (837). — Die eingeklammerten Zahlen sind die des vor- vergangenen Monats. — Davon kamen in derselben Sache wiederholt 116 Personen. Auskünfte wurden erteilt 861 (803), darunter nach auswärtig schriftlich 10 (9). Von den Besuchern waren organisiert 450 (458) Personen, und zwar gewerkschaftlich 266, politisch 22, gemeinschaftlich und politisch 162. Unter den verbleibenden 419 Nichtorganisierten befinden sich 115 Angehörige von Organisierten und 173 Organisations- unfähige. Dem Geschlecht nach waren von den Besuchern 591 (595) männlich, 272 (237) weiblich. Den Hauptgruppen nach verteilen sich die Besucher wie folgt: Arbeitnehmer und deren Angehörige 798 (748); selbstständige Gewerbetreibende, Beamte etc. und deren Angehörige 65 (84); Organisationen 6 (5). In Lübeck-Stadt hatten von den Besuchern 667 (663) Personen ihren Wohnsitz, in Lübeck-Land 71 (61), Oldenburg 76 (68), Mecklenburg 21 (17), Preußen 31 (20), und sonstwo 3 (8). Die Auskünfte verteilen sich wie folgt: Arbeiterver- sicherung (Unfall-, Invaliden- und Krankenerkrankung) 203 (152), Arbeits- und Dienstvertrag 122 (138), bürgerliches Recht 391 (316), Strafrecht 48 (68), Gemeinde- und staatsbürgerliche Sachen 64 (86), Arbeiterbewegung 4 (7), Privatverträge 7 (2), Handels- und Gewerbesachen 2 (5), Verschiedenes 20 (29). Von den Auskünften machten 144 (152) die Anfertigung von 169 (161) Schriftstücken erforder- lich; außerdem gingen aus 50 (48) sonstigen Briefe und Postkarten. Ein gingen 148 (130) Postsendungen. Der 5. März zeigte mit 52 (57) die höchste, der 4. März mit 11 (11) die niedrigste Besucherzahl.

Kontrollversammlungen im Restaurant Pocken- hof am Freitag, den 3. April 1908, vorm. 9 Uhr für

sämtliche Mannschaften der Infanterie (ausschließlich Krankenträger) der Jahressklasse 1899. — Am Freitag, den 3. April 1908, vorm. 11 Uhr für sämtliche Mann- schaften der Infanterie (ausschließlich Krankenträger) der Jahressklasse 1900.

pb. Diebstahl. Der Hausdiener eines hiesigen Restau- rateurs, der seinem Dienstherrn Spirituosen entwendete und einem dort tätigen Kellner ein Zwanzigmarschstück gestohlen hat, wurde zur Anzeige gebracht.

pb. Irrtum, nicht Betrug. Der Reisende Hoch, der verdächtig war, unter Vorpiegelung falscher Tatsachen Aufträge auf Emaillierblech in hiesiger Stadt gesucht zu haben, wurde ermittelt. Die näheren Ermittlungen ergaben, daß Hoch, der im Auftrage der Agentur von Jensen u. Koch reiste, die von ihm gemachten unrichtigen Angaben irrtüm- lich und nicht in der Absicht, die Besteller zu betrügen, ge- macht hat.

pb. 4000 Mark unterschlagen. Der Vertreter einer hiesigen Zigarrenfabrik am hiesigen Plage ist nach Unterschla- gung von 4000 Mk. flüchtig geworden.

Hausbesitzer und Fernsprecher. Vor der Herstellung einer Fernsprechstelle oder deren Verlegung ist bekanntlich die schriftliche Genehmigung des Eigentümers zur Einfüh- rung der Leitungen in das anzuschließende Gebäude und zur Einrichtung der Sprechstellen in dem Gebäude beizubringen. Die Genehmigung hat sich auch auf die Anbringung aller Vorrichtungen, wie Gestänge, Stützen usw. zu erstrecken, die zur Herstellung, Instandhaltung und Erweiterung des Tele- graphen- und Fernsprechnetzes erforderlich sind. Die Ver- bringung dieser Genehmigung des Eigentümers ist Bedin- gung für die Herstellung oder Verlegung des Fernsprech- anschlusses. Nach einer Ergänzung, die das Reichspostamt zur allgemeinen Dienstweisung für Post und Telegraphie erlassen hat, ist diese schriftliche Genehmigung des Haus- eigentümers auch dann beizubringen, wenn Nebenanschlüsse durch Dritte hergestellt werden sollen. Die Herstellung von Nebenanschlüssen ist bekanntlich auch der Privatindustrie über- lassen. Es wird freilich davon verhältnismäßig wenig Ge- brauch gemacht, da die Post eine sehr mäßige Entschädigung dafür verlangt.

Stadttheater-Propaganda. Aus dem Theater-Bureau wird uns geschrieben: Der große Erfolg, den die Operette „Frühlingsslust“ hier gefunden hat, hat die Direktion veranlaßt das melodische und anmutige Stück heute Freitag noch ein letztes Mal zur Aufführung zu bringen, und zwar in derselben vorzüglichen Besetzung. Auch Fel. Gili Bauer vom Neuen Operetten-Theater in Hamburg wird wieder als Hanni darin gastieren. Für die Sonnabend-Vorstellung „Die Waise von Lomond“ gibt sich ein reges Inter- esse kund, daher ist es ratsam, sich schon jetzt mit Billets zu versehen. Sonntag nachmittags wird nochmals das Lustspiel „Wohltätige Frauen“ von E. Wronke gegeben, abends auf vielseitiges Verlangen „Die lustige Witwe“.

## Theater und Musik.

Das Berliner Apollo-Theater-Ensemble ist gestern wieder in das Hansa-Theater gezogen, wo es im vorigen Jahre so bedeutende Erfolge erzielte. Auch gestern war der Beifall, welcher der Operette „Kadettenstreiche“ ge- zollt wurde, sehr lebhaft und anhaltend. Besonders die flotte Aufführung und die glänzenden Kostüme fanden die Bewunderung der Zuschauer. Die Operette selbst, zu der Viktor Holländer die Musik ge- schrieben hat, besitzt weder durch ein geist- reiches Libretto noch durch eine besonders originale Musik. Immerhin enthält sie eine Anzahl von Melodien, die leicht im Gedächtnis haften und daher bald in aller Munde sein werden. Zweifelloser werden die „Kadetten- streiche“ in Lübeck stets ein zahlreiches Publikum finden, denn wer wollte es nicht gesehen haben, wie sich auf der Bühne mehr als ein Tugend Mädchen plötzlich entkleiden und im seidenen Unterhemd und in Spitzenhöschen erscheinen. Was in „Fra Diavolo“ und im „Dieb“ nur ein Einzelfall ist, wird in den „Kadettenstreichen“ im großen betrieben. Die Sache ist, ohne anstößig zu sein, sehr pikant. Ein famoser alter Weiberfeind war Herr Otto Wendt, der mit seiner trocken und gerade dadurch wirkungsvollen Komik wahre Lachsalven entfeffelte. Herr Heinz Bud a zeigte als Hilfslehrer Kasimir, daß er nicht nur ein routinierter Operettentenor, sondern auch ein solcher Darsteller und Tänzer ist. Fräulein Grete Sommerfeld war als Marguerite eine hübsche Bühnenercheinung; auch gesanglich und darstellerisch verdient sie uneingeschränktes Lob. Die übrigen Mitwirkenden waren nach Kräften bemüht, ihren Aufgaben gerecht zu werden. Wahrhaft glänzend war das Ballet „Der Blumen Erwachen“, das vom Balletmeister Ceruti arrangiert und von 30 Damen getanzt wurde. Die Prima-Ballerina Ripamonti sowie die Solo- tänzerinnen Fi d a r d i und Z i m m e r m a n n zeigten sich als Meisterinnen ihrer präziösen Kunst. Wie gesagt, werden die „Kadettenstreiche“ wohl noch zahlreiche Zuschauer in das Hansa-Theater locken. P. L.

## Handels- und Marktnachrichten.

Lübecker Marktpreise vom 1. April.

Bauern-Butter Pfd. 1,20—1,35 Mk., Meierei-Butter Pfd. 1,15—1,25 Mk., Käsen — Mk., Euten 4,00—4,50 Mk., Löhner 2,00—2,70 Mk., Rillen Stk. — Mk., Tauben Stk. —0,60 Mk., Gänse Pfd. 80 Pf., Flügels 2 Wfg., Schinken Pfd. 85—95 Pf., Schweinstopf Pfd. 45 Wfg., Würst Pfd. 1,15—1,25 Mk., Eier 10 Stk. 60 Wfg., Deringe genügend, Dorsche gen., Süßwasserfische genügend, Karpen Pfd. 1 Mk., Geräuch. Lachs Pfd. 1,00—2,00 Mk., Schlei Pfd. 1,40, 1,60, Brachsen Pfd. 0,70—0,80 Wfg., Hechte Pfd. 70—80, Barsche Pfd. 70—Wfg., Aal Pfd. —100 Pf., Karautschen Pfd. 80 Wfg., Gemüse genügend., Blumenkohl, d. Kopf- 0,20—0,30 Wfg., Kohl 100 Wfg. — Mk., Gurken 100 Pfd. — Mk., Zwiebeln, hiesige Pfd. — Mk., Apffel, verschiedene pr. 100 Pfd. — Mk., Blaumen, pr. 100 Pfd. — Mk., Kirchen Pfd. — Wfg., Kartoffeln pr. 10 Piter 50—60 Pf., Kartoffeln beste, 100 Pfd. — Mk., Mand Pfd. — Wfg.

### Butter-Notierungen

d. Landwirtschaftskammer f. d. Provinz Schleswig-Holstein. Butter-Auktion des ostholsteinischen Meierei-Verbandes. Hamburg, 31. März. 1. Klasse 409 Drittel zu 112,64 Mk. im Durchschnitt. 2. „ 39 „ 110,72 Mk.

Verantwortlich für die Rubrik Lübeck und Nachbargebiete und die mit P. L. gezeichneten Artikel Paul Löwig; für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Steiling. Verleger: Th. Schwanitz. Druck: Friedrich Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.



# Maifeier 1908

Freitag, den 1. Mai:

## MORGEN-FEIER

bestehend in Gesangs- und Konzertvorträgen, Festrede, sowie Aufführungen der Arbeiter-Radfahrer und Arbeiter-Turner

im Vereinshaus, Johannisstr. 50-52 .: .: Anfang präz. 9 Uhr.

Nachmittags:

## Ausflug nach dem „Tiergarten“

unter Begleitung mehrerer Musikkapellen und Mitnahme von Fahnen, Bannern und sonstigen Emblemen

Nach Ankunft dortselbst:

Ansprache, Musik- und Gesangsvorträge; ferner Preisschiessen, Taubenwerfen, Tanz für Erwachsene, sowie Belustigungen aller Art.

Bei eintretender Dunkelheit: Illumination des Festplatzes. **Schluss der Feier 10 Uhr.**

Abmarsch des Zuges präz. **zwei Uhr** vom Mühlenbrink.

Den Anordnungen des Komitees ist unbedingt Folge zu leisten. Die Karten sind bei allen Veranstaltungen sichtbar zu tragen.

**Das Komitee.**

Karten à 30 Pfg. sind zu haben bei sämtlichen Bezirks- und Distriktsführern, sowie bei C. Wittfoot, Hülzstrasse 18, C. Schröder, Lederstrasse 3, Grünewald, Böttcherstrasse 18, im „Vereinshaus“, im Parteisekretariat und in der Expedition des „Lübecker Volksbote“.

### Oeffentliche Schuhmacher- Versammlung

heute,

am Donnerstag, den 2. April

abends 9 Uhr,

im Vereinshaus, Johannisstrasse 50-52

Tages-Ordnung:

Lohnbewegung im Schuhmachergewerbe.

Sämtliche Schuhmacher Lübeck sind ein-  
geladen.

Das Streikbureau befindet sich Leder-  
strasse 3.

Der Einberufer.

Verband der Gemeinde- und  
Staatsarbeiter.

(Sitzale Lübeck)

### Mitglieder- Versammlung

am Freitag, den 3. April

abends 8<sup>1/2</sup> Uhr

im Vereinshaus, Johannisstrasse 50-52.

Tagesordnung wird in der Versammlung  
bekannt gemacht.

Der Vorstand.

### Maifeier 1908.

Die Distriktsführer, sowie die  
Gewerkschaftsvorstände werden höf-  
lichst ersucht, die Maifeiertarten  
von heute ab im Parteisekre-  
tariat, Johannisstr., in Empfang  
zu nehmen.

Das Komitee.

## Geschäfts-Übernahme.

Einem geehrten Publikum und Freunden die ergebene Mitteilung, daß ich mein

## Restaurant „Weißer Engel“

verbunden mit

Doppel-Kegelbahn, Tanzlokal und großem Garten

Ratzeburger Allee 29

Herrn J. Ehlers käuflich übergeben habe.

Indem ich für das mir bisher erwiesene Wohlwollen bestens danke, ersuche ich, dasselbe  
auf meinen Nachfolger übertragen zu wollen.

Hochachtungsvoll **F. Howe.**

Bezugnehmend auf obige Annonce ersuche ich, das meinem Vorgänger bewiesene Ver-  
trauen auch auf mich übertragen zu wollen, da ich für gute Speisen und Getränke bestens  
Sorge tragen werde und zeichne

Hochachtungsvoll **J. Ehlers.**

## Verband der Bauarbeiter.

(Zahlstelle Lübeck)

## Mitglieder - Versammlung

am Freitag, den 3. April 1908

abends 8<sup>1/2</sup> Uhr

im Vereinshaus, Johannisstr. 50-52

Tages-Ordnung wird in der Versammlung bekannt  
gemacht.

Der Vorstand

Unter Garantie der Haltbarkeit werden  
neue emaillierte Böden unter alte email-  
lierte Böden gefertigt.

Mengstrasse 19.

## Hansa Theater

Heute Donnerstag:  
Gastspiel des Berliner  
Apollo-Ensembles

mit seinen aus glänzendste ausge-  
statteten Operetten

### Kadetten-Streiche.

Große Ausstattung-Operette in 3 Akten  
von **Bollen-Bäckers.**

Musik von **Victor Holländer.**

Mittwirkende 50 Personen.

Zu 8. Akt:

### Der Blumen Erwachen.

Großes Ballet, arrangiert vom Ballett-  
meister **G. Ceruti.**

**Prima ballerina:** Signorina

**Ripamonti v. Scala-Theater Mailand.**

Solisten: **Prerina Fidardi**

und **Marie Zimmermann.**

Preise der Plätze: Loge 3 Mk., Parterre

2 Mk., Sperrsitze 1.50 Mk., Parkett und

Seiten-Parterre 1.25 Mk., Part. 1 Mk.,

Seiten-Parterre 80 Pfg., Mittelbalken

1 Mk., I. Balkon 80 Pfg., II. Balkon

80 Pfg., Galerie 40 Pfg.

Vorverkauf in **Sagers Bazar**.

## Stadt-Theater.

(Provisorium)

Direktion: **H. Plorkowski.**

Freitag, 3. April. 8 Uhr.

13. Abonn.-Vorst. 27. Freit.-Abonn.

Gastspiel **Cilly Bauer** vom

Neuen Operetten-Theater, Hamburg.

Zum letzten Male.

### Frühlingsluft.

Operette in 3 Akten von **Strauß.**

Sonabend: Loge 75 Pfg., Parkett 50 Pfg.

**Die Waise von Lowood**

Sonntag 4 Uhr: **Wohltätige Frauen.**

7<sup>1/2</sup> Uhr. Auf vielseitiges Verlangen:

### Die lustige Witwe.



## Die Klassenschule.

In vorgeschichtlicher Epoche und auch noch im antiken Zeitalter war das Individuum nichts, die Gruppe oder der Staat alles. Der Zweck der Erziehung lag darum bei den alten Griechen außerhalb der Persönlichkeit des Zöglings. Zu einem tüchtigen Glied des Gemeinwesens ihn heranzubilden, war das Ziel, und das ging im Mittelstaat Sparta so weit, daß schwächliche, zu künftigen Kriegern untaugliche Kinder in eine Schlucht geworfen wurden. Die mittelalterlich kirchliche Erziehung legte den Hauptwert darauf, die Menschen mittels Gläubigkeit und Frömmerei für den Himmel zu qualifizieren, womit aber hauptsächlich die Dressur für die weltlichen Zwecke der Kirche und der mit ihr verbündeten Mächtigen gemeint war.

Die moderne Erziehungslehre erkennt lediglich die Fürsorge für das Lebensglück des Zöglings als den Zweck der Erziehung. Zu diesem Behufe soll er in der Schule mit dem Maß von Kenntnissen und Fertigkeiten ausgestattet werden, das dem Lebensalter des Kindes entspricht, und soll seine Intelligenz entwickelt und zum richtigen Denken angeleitet werden. Daneben soll in der Schule auch (in Gemeinschaft mit der häuslichen Erziehung) der Grund gelegt werden zur sittlichen Lebensführung, zu einem guten Charakter.

Die Schulen sind öffentliche Anstalten, von den Gemeinden oder vom Staat oder von beiden gemeinschaftlich unterhalten, immer aber der Kontrolle des Staates und seinem Einfluß unterstellt.

Diesen Einfluß macht nun der Staat in der Richtung geltend, daß er das Schulwesen seinen, den klassenstaatlichen Zwecken mehr oder weniger unterwirft. Dabei scheint er auch Mittel und Praktiken nicht, die für den Zögling keineswegs vorteilhaft, ihm sogar entschieden nachteilig sind.

Sein Verfahren ist je nach den verschiedenen Kategorien von Schulen ein verschiedenes. In der Verschiedenheit der Schulen selbst schon kommt der Klassencharakter des Staates zum unverkennbaren Ausdruck.

Da die sogenannten höheren Berufsarten eine andere Vorbildung benötigen als die übrigen, läßt sich generell gegen die Scheidung der Schulen in Volks- und Gelehrten Schulen nichts einwenden. Das würde aber nur die Existenz verschiedener Schulen für die letzten Schuljahre begründen können. Sollte der Volksjugend eine ebenso tüchtige Bildung beigebracht werden wie der Jugend der Wohlhabenden, so dürfte für die unteren Stufen nur eine einzige Art Schule vorhanden sein, die von vielen namhaften Pädagogen seit Jahrzehnten immer dringender geforderte Einheitschule. In dieser sollte die gesamte Jugend aller Klassen gemeinschaftlich unterrichtet werden, was gewiß auch zur Abschleifung der Klassengegensätze im reiferen Alter beitragen würde, wogegen die Trennung die Keime derselben schon in zarter Jugend in die Herzen senkt, die soziale Kluft schon in das Paradies der Kindheit ihre Schatten wirft. „Unser Schulwesen ist immer darauf bedacht, die Gegensätze zu verschärfen.“ stellte Dr. Gruhn voriges Jahr auf dem „Allgemeinen Tag für die deutsche Erziehung“ zu Weimar in seinem Vortrag über die Notwendigkeit der Einheitschule fest.

Gegen diese Coedukation (gemeinsame Erziehung) sträubt sich jedoch der Dünkel der herrschenden Klassen, dem es schon wider den Strich geht, daß ihre Kinder auf den gleichen Bänken sitzen mit den Kindern der Arbeiter

und Geringbemittelten, daß sie mit diesen als mit ihresgleichen verkehren, woraus sich Gott behüte für später ein der Ausbeutung abträglicheres Verhältnis ergeben könnte.

Doch die Abneigung gegen die Einheitschule hat noch massivere Ursachen. Vor allem finanzielle. Man scheut sich, die Mittel aufzuwenden, welche erforderlich wären, die Volksschulen als Einheitschulen auf denjenigen höheren Stand zu bringen, der für die Ausbildung der vornehmen Jugend gewünscht wird. Deshalb sind sogar für diejenigen Kinder des Bürgertums, die für keinen gelehrten Beruf bestimmt sind, bessere Schulen eingerichtet, sogenannte Mittelschulen.

So wird der Volksjugend nur ein dürftiges Maß von Ausbildung beigebracht, beste Talente bleiben unentwickelt — zum schweren Nachteil des Gemeinwesens selbst —, während so viele unfähige und faule Sprößlinge der besitzenden Klasse die Bänke der besseren Schulen drücken, um später als Gelehrte oder Bürokraten nichts weniger als Tieren ihres Standes zu sein. Es ist notorisch, daß Fleiß und Begabung weit mehr in den unteren Klassen vorhanden sind. Schon in einem sehr alten Werke heißt es: „Nehmet euch sorgsam der Kinder der Armen an, denn sie bringen die Wissenschaft zur Blüte.“

Zweierteil Schulen wären nur angebracht, wenn die besseren Schulen für die besser begabten Kinder da wären, nicht für die besser situierten.

Die Volksschule ist das Achenbrödel. Das zeigt sich auch in der Überfüllung der Klassen wegen der geringen Zahl an Lehrkräften, das zeigt sich in der niederen Besoldung der Volksschullehrer, in den Lehrplänen, in den Lehrmitteln, in der Beschaffenheit und Ausstattung der Schulkloake und in manchem anderen. Wenn man die für die besseren Schulen aufgewendeten öffentlichen Mittel mit denen für die Volksschulen zusammenhält, was in der sozialdemokratischen Presse schon oft berechnet wurde, so ergibt sich ein ganz beträchtlicher Abstand!

Als „Armenschulen“ hat man die Volksschulen nicht unzutreffend bezeichnet.

Doch zur Knäuelerei gesellt sich noch ein weiteres Motiv. Man fürchtet die bessere Volksbildung! Die Intelligenz des Volkes soll auf einem möglichst niederen Niveau gehalten werden, damit es sich willig der Lohnarbeit mit allen Ubeln und Unbilden fügt und gegen die klassenstaatlichen Autoritäten nicht auflehnt. Darum sollen die Kinder des Volkes nicht mit gleich kräftiger und gesunder geistiger Kost genährt werden wie die Kinder der Besitzenden.

Die schlimmsten Feinde tüchtiger Volksbildung sind die Feudalen, die ostelbischen Agrarier, wie jattsam bekannt. Zur Landarbeit auf ihren großen Gütern, denken sie, sind die Ungebildeten am tauglichsten und gesügigsten, sie mühen am wenigsten auf gegen „patriarchalische“ Schulriegeleien und Mißhandlungen. Die unter junkerlichem Patronat stehenden Schulen und Schulzustände und die Behandlung der Lehrer sind mitunter greulich. Und preußische Minister, Hörige der Junker, haben am wenigsten das Zeug und den Willen, Wandel zu schaffen. Noch junkt unter ihnen der Geist jenes Ministers vom Ende der 60er Jahre. Als ein Abgeordneter vorschlug, die für Reimpreise in Ansatz gebrachten 50 000 Taler lieber für ländliche Fortbildungsschulen zu verwenden, denn: „erst der Bauer, dann das Pferd“ — da kehrte der Minister den Satz um und erklärte die Ausbildung der Pferde für wichtiger als die Fortbildung der Bauern!

Die industrielle Bourgeoisie stand der Volksbildung fremdlicher gegenüber, zumal sie mehr und mehr

die Einsicht gewann, daß intelligente und gebildete Arbeiter in der Industrie weit ansehnlicher und tüchtiger sind als andere. Und wie manche Verbesserungen in Technik und Arbeitsmethoden sind aufgeweckten Arbeitern zu verdanken. Auch sah sich in seinen früheren politischen Kämpfen das Bürgertum auf die Unterstützung der aufgeklärten Arbeiterschaft angewiesen.

Aber auch die Bourgeoisie möchte die Arbeiter nicht zu „helle“ werden lassen, namentlich seitdem die proletarische Emanzipationsbewegung eine gewaltige Macht geworden. „Die Bourgeoisie muß die Dummheit der Massen fürchten, so lange sie konservativ bleiben, und die Einsicht der Massen, sobald sie revolutionär werden“, so schrieb Karl Marx im „Achtzehnten Brumaire“.

Und die staatlichen Gewalten gewöhnlichen Schlags haben sich und ihren Schützling Staat — barmherzigerweise — immer gesicherter geglaubt bei einer geistig rückständigen Bevölkerung, wie auch die Bürokratie verschiedener Spezies für eine solche eine Vorliebe hatte, weil sie den Amtshandlungen mit ihrer Kritik und Kontrolle weniger unbehaglich war.

Unverkennbar tritt die klassenstaatliche Tendenz hervor in der geistlichen Schulaufsicht und im Religionsunterricht der Volksschulen. Auch wenn man davon absieht, daß der letztere eigentlich gar nicht in den obligatorischen Lehrplan gehört, sondern jeder Religionsgemeinschaft anheimgestellt sein sollte, mit eigenen Mitteln ihrer Jugend Religionsunterricht erteilen zu lassen, so bekundet jedenfalls das Wie? diese Tendenz. Dogmen, die von der Wissenschaft längst übermunden und abgelassen sind und nur von Zurückgebliebenen noch geglaubt werden, werden der Jugend als göttliche Wahrheiten gelehrt. Erzählungen, die als Fabeln, Märchen, Legenden durchschaut sind, werden nicht als solche, sondern als geschichtliche Tatsachen vorgetragen. Ist es nicht überhaupt empörend, daß aufgeklärte Eltern sich gefallen lassen müssen, daß ihren Kindern in der Schule abgestandene, müßige Lehren und Geschichten eingepaukt werden!

Dazu kommt, daß der religiöse Stoff zum großen Teil in dunklen, mythischen, widerspruchsvollen Sprüchen und Versen gefaßt ist, welche nicht das klare Denken fördern können, sondern eher konfus und stupid machen, also für die Ausbildung des formalen Denkens höchst abträglich sind. Darauf eben ist es aber abgesehen: kritiklose Gläubigkeit, den Verlaß auf Autoritäten einzupflanzen, um revolutionäre Regungen niederzuhalten. Diese Geistesrichtung überträgt sich vom religiösen auf das profane Gebiet, verhindert das Bezweifeln des Unwahrscheinlichen, sobald es von Autoritäten gedeckt wird, verhindert sorgfältiges Prüfen, Forschen, Selbstdenken und begünstigt den Glauben an reaktionäre Lügen und Fälschungen, erschwert das Eindringen politischen und sozialen Lichts in die Köpfe.

Wie nachteilig aber auch sonst solche verblödete Unterrichtsmethode ist, beweist die weite Verbreitung gräßlichen Aberglaubens, nicht bloß in ländlichen Kreisen, und der Schaden, der daraus für die Betroffenen erwächst. Wie viele fallen außerdem auf allerlei groben und gräßlichen Schwindel hinein, weil sie nicht gemöhnt wurden, kritisch zu denken und zu prüfen, wenn ein Titel, eine marktschreierische Reklame sie fasziniert.

Nicht der „Glaube“ ist eine Tugend, wie Theologen sagen und den Kindern weismachen, sondern die Kritik.

Wie lang braucht oft der reife Mensch, das Falsche und Abgeschmackte, was ihm in der Volksschule in den Kopf gepumpt wurde, wieder hinauszupumpen und seine

## Colomba.

Novelle von Prosper Mérimée.

(22. Fortsetzung.)

Miß Nevil las den Brief, der aus übergroßer Vorsicht in englischer Sprache geschrieben war. Sein Inhalt lautete wie folgt:

„Berehrtes Fräulein!“

„Ein großes Unglück hat mich betroffen; ich weiß nicht rote meine Feinde die Sache deuten werden, und was die Verleumdung nicht alles zu meinem Nachteil erfinden mag. Doch das kümmert mich wenig, wenn nur Sie, mein Fräulein, nicht daran glauben. Seitdem ich Sie gesehen habe, war ich von törichten Träumen umgankelt, und es bedurfte eines so unglücklichen Ereignisses, um mich aus meiner Torheit aufzurütteln. Jetzt bin ich wieder zur Vernunft gekommen und erkenne die Verhältnisse im Licht der Wirklichkeit. Ich weiß, was ich von der Zukunft zu erwarten habe, und wie immer das Schicksal entscheiden mag, es soll mich gefaßt finden. Diesen Ring, den Sie mir schenken, und den ich als ein Unterpfand des Glücks betrachtete, wage ich nicht zu behalten. Ich fürchte, Sie möchten es bereuen, Ihr Geschenk so wenig würdigen Händen anvertraut zu haben; ja mehr noch: ich fürchte, daß es für mich selbst zu einer ewigen Mahnung an die Zeit meiner vermessenen Träume werden könnte. Colomba wird Ihnen den Ring wieder zustellen. . . . Leben Sie wohl, mein Fräulein; Sie sind im Begriff Korrika zu verlassen, und ich werde Sie nicht mehr sehen; aber, wenn Sie mich noch Ihrer Achtung wert halten, dann sagen Sie es meiner Schwester, und Sie können überzeugt sein, daß ich nie einer Handlung fähig bin, welche mir dieselbe entziehen könnte.“

D. D. K.

Miß Lydia hatte sich gegen die Wand gesetzt, um diesen Brief zu lesen. Colomba hatte sie trotzdem während der Lektüre aufmerksam beobachtet, und als sie ihr jetzt, wie ihr Bruder es verlangt hatte, den ägyptischen Ring überreichte, schien sie durch ihre Blicke die junge Engländerin zu befragen: was das alles zu bedeuten habe. Miß Nevil aber hatte nicht den Mut, den Kopf zu erheben; traurig betrachtete sie den Ring, den sie sich abwechselnd an den Finger steckte und wieder abstreifte.

„Liebe Freundin,“ ließ Colomba sich endlich vernehmen, „dürfte ich nicht wissen, was mein Bruder Ihnen schreibt? Sagt er Ihnen, wie es mit seinem Befinden steht?“

„Nicht doch,“ . . . sagte Miß Nevil erröthend, . . . „dovon sagt er nichts. . . . Sein Brief ist in englischer Sprache geschrieben. . . . Er beauftragt mich meinem Vater zu sagen. . . . Er hofft, der Präfeldt werde alles so ordnen können, daß . . .“

Colomba setzte sich mit schalkhaftem Lächeln auf den Rand des Bettes, und Miß Nevils beide Hände ergreifend, lenkte sie ihre durchdringenden Blicke in die Augen der Freundin: „Sie haben ein gutes Herz,“ sagte sie; „nicht wahr, Sie werden meines Bruders Brief beantworten? die Freude darüber würde sehr heilsam für ihn sein. Als sein Brief kam, ist mir im ersten Augenblick sogar der Gedanke gekommen, Sie zu wecken, aber dann getraute ich mir doch nicht dies zu tun.“

„Das war sehr unecht von Ihnen,“ sagte Miß Nevil; „wenn ein Wort von mir ihn . . .“

In diesem Augenblick konnte ich ihm unmöglich einen Brief schicken; der Präfeldt ist angekommen und Pietranera ist überfüllt von Personen, die zu seiner amtlichen Begleitung gehören. Wir wollen sehen; später wird es vielleicht möglich sein. Ach, wenn Sie meinen Bruder recht kennen, dann hätten Sie ihn gewiß eben so lieb, wie ich. . . . Er ist so gut! so tapfer! denken Sie nur daran, welchen Mut er bewiesen hat! Er allein, und noch dazu verwundet! gegen zwei.“

Der Präfeldt war also wieder in Pietranera. Durch einen Einboten des Amtsgehilfen von dem Vorgefallenen in Kenntnis gesetzt, war er in Begleitung von Gendarmen und Scharfschützen gekommen, und außerdem brachte er den Staatsanwalt und zugleich auch die Gerichtsschreiber, sowie das ganze übrige Personal mit, welches erforderlich war, um zur Untersuchung dieses neuen schrecklichen Vorfalls zu schreiten, der den langjährigen Familienzwist in Pietranera entweder noch mehr verwickeln, oder schließlich beenden mußte. Bald nach seiner Ankunft machte er dem Obersten Nevil und dessen Tochter einen Besuch und verhehlte ihnen nicht, wie sehr er befürchte, daß die Angelegenheit eine schlimme Wendung nehmen könne. „Wie Sie wissen, hat der Kampf ohne Zeugen stattgefunden,“ sagte er; „und da jene beiden unglücklichen jungen Männer weit und breit in Ansehen standen wegen ihres

Mutes und wegen ihrer Geschicklichkeit in der Handhabung der Waffen, muß es natürlich aller Welt unglücklich scheinen, daß Signor della Rebbia sie ohne Mithilfe der Banditen, zu denen er ja auch geflüchtet sein soll, getötet haben sollte.“

„Das ist ein vollkommen grundloser Verdacht!“ fiel der Oberst heftig ein. „Orso della Rebbia ist ein junger Mann von der lautesten Ehrenhaftigkeit; ich selbst stehe dafür ein.“

„Ich glaube das gern,“ sagte der Präfeldt; „aber außer mir ist auch noch der Staatsanwalt da, und diese Herren sind immer argwöhnlicher Natur; mir will es sogar scheinen, als ob er nicht besonders günstig gestimmt wäre. Er hat ein für Ihren Freund kompromittierendes Objekt in Händen. Dies ist ein an Orlanduccio gerichteter Drohbrief, in welchem della Rebbia seinem Feinde eine Zusammenkunft vorschlägt. . . . Diese Zusammenkunft nun scheint dem Staatsanwalt mit einem Hinterhalt verbunden gewesen zu sein.“

„Dieser Orlanduccio,“ sagte der Oberst, „hat sich gewei- gert, sich wie ein Ehrenmann zu schlagen.“

Der Zweikampf ist hier nicht Sitte. Man lauert sich einander auf, überfällt und mordet sich; das ist hier der Landesbrauch. Es ist allerdings eine günstige Aussage vorhanden: das Kind Ghilina behauptet vier Schüsse gehört zu haben, von denen die beiden letzten, welche stärker waren, als die beiden vorangehenden, von einer Waffe schweren Kalibers, wie das Gewehr des Herrn della Rebbia es sein soll, herrühren müßten. Unglücklicherweise ist das Kind die Nichte von einem der Räuber, welche im Verdacht der Mitschuld stehen, und jene Aussage soll dem Kinde einstudiert sein.“

„Mein Herr,“ unterbrach ihn Miß Lydia, bis zum Scheitel hinauf erröthend, „wir befanden uns auf dem Wege hierher, als die Flintenschüsse abgefeuert wurden, und wir haben die Unterschiede zwischen denselben eben so gehört.“

„Wirklich? das ist freilich ein wichtiger Umstand. Und Sie, Herr Oberst, Sie haben wohl auch dasselbe wahrgenommen?“

„Ja, gewiß,“ fiel Miß Nevil lebhaft ein; „mein Vater, der mit den Waffen vertraut ist, war es ja gerade, der darauf aufmerksam machte, als die Schüsse fielen. Das ist



Denkwürdige Ereignisse und auf die vernünftige Denkart einzustellen! Und das gelingt nicht immer vollständig. Die im zarten Alter eingelegenen Anschauungen verkröchten sich gern in den Falten des Bewußtseins und drängen sich wieder vor, wenn widrige Schicksale und Einflüsse der Umgebung dazu disponieren. Daher die häufigen Rückfälle Aufklärer.

Wieviel Zeit überdies solcher Religionsunterricht dem nützlichen Lehrstoff raubt, soll nur flüchtig bemerkt werden.

Aber auch im profanen Wissen werden der Jugend Anschauungen und Auffassungen eingebracht, die der Wahrheit ins Gesicht schlagen — zu gleichem Zweck. Der Schulbuzantismus schildert niederliche Gemeinshädlinge und ausgemachte Schurken als Wohlthäter des Landes, Volkserräter und — zertreter als Volksbeglückter, Feiglinge als Helden, Kasterbündel als Jugendmuster; während dagegen die Freiheitsbewegungen des Volkes als Rücksichtlosigkeit gebrandmarkt und edle Vorkämpfer und Märtyrer der Freiheit, des Fortschritts und Volkswohls verleumdete und verdammt werden! Alles zur größeren Ehre des Klassenstaats.

„Die Schule des Gewaltstaats (des Klassenstaats) ist sehr verschieden von der Schule des Rechtsstaats. Der Zweck der Schule im Gewaltstaat ist, vor allem dahin zu arbeiten, daß das Volk an seine Unterwerfung unter den Willen der Stärkeren sich gewöhne“, schreibt Dr. Christ. Volksmann, und der Schulmann Eduard Sack hat eine ganze Schrift veröffentlicht unter dem Titel „Unsere Schulen im Dienste gegen die Freiheit.“

Im Blick liegt die Sozialdemokratie dafür, daß die Bäume der Klassenschule nicht in den Himmel wachsen. In Versammlungen und Presse verbreitet sie Aufklärung auf allen Gebieten, und unsere Jugendorganisationen wirken dem in die jungen Köpfe gesäten Unkraut kräftig entgegen.

## Soziales und Parteileben.

**Drohender Kampf in der Nordhäuser Kautabakindustrie.** Die Kautabakfabrikanten haben infolge der stark anziehenden Kautabakpreise durchweg einen nicht unbedeutenden Preisaufschlag für das fertige Fabrikat vorgenommen, um sich für alle Fälle schadlos zu halten. Hiermit allein haben sich jedoch die Arbeitgeber nicht begnügt. Sie haben das Gehalt schwächer, die Abfassungen kleiner und die Stückzahl der Kollben pro Hund vermehren lassen. Hierdurch entstand jedoch ein bedeutender, kaum erwarteter Lohnausfall. Die Arbeiter wurden vorstellig und reichlichen Lohnforderungen ein, um einen Ausgleich zu schaffen. Während nun einige Fabrikanten mit ihren Arbeitern bereits annehmbare Lohnfassungen ausgearbeitet hatten, trat die Fabrikantenvereinigung in einer Konferenz zusammen und bewilligte Lohnzulagen, die viel zu unbedeutend waren und den Lohnausfall auch nicht annähernd deckten. Die Gegenläufe praktizieren nunmehr scharf aufeinander. Während die Arbeiter die Bezahlung nach Millimeterstärke verlangen, erklärten die Fabrikanten kategorisch, nur nach Nummern zahlen zu wollen. Damit sind jedoch die Arbeiter durchaus nicht zufrieden. Eine zahlreich besuchte Versammlung beauftragte die Betriebskommission, bei den Firmeneinhabern noch einmal vorstellig zu werden. Beharren diese auf ihrem Standpunkte, dann ist es nicht ausgeschlossen, daß es in Nordhausen abermals, wie vor 7 Jahren, zu einem großen Kampfe kommt, der auch, wie damals, nach Berlin überspielen dürfte. Wer bei diesem Kampfe der Unterliegenden sein wird, ist heute noch nicht zu sagen. Jedenfalls steht auf Seite der Nordhäuser Kautabakarbeiter auch diesmal wieder die Sympathie der Arbeiter Deutschlands.

**Über die Tarifverhandlungen in der Holzindustrie** entnehmen wir dem „Vorwärts“ folgendes: Die Leipziger Konferenz für die deutsche Holzindustrie, welche am vergangenen Sonnabend beendet worden ist, hat ein definitives Resultat nicht ergeben. Für 23 Städte (Ebersfeld, Magdeburg, Wiesbaden, Potsdam, Kassel, Neumünster, Elbing, Herford, Straßburg, Liegnitz, Stralsund, Jena, Forst, Chemnitz, Breslau, Posen, Zoppot, Starnberg, Darmstadt, Wies, Eisenach, Weimold und Senabrück) ist nur eine teilweise Vereinbarung erzielt worden, während über viele Fragen, besonders der Arbeitszeit und Löhne, eine Einigung nicht zustande kam. Die Beratungen über Frankfurt a. M. und Ludenwade sind sogar gänzlich gescheitert. Hier dürfte es über kurz oder lang zum Kampfe kommen. Über die noch strittigen Fragen für obige 23 Städte soll die letzte

Entscheidung eine Schlichtungskommission fällen, die am kommenden Sonnabend, den 4. April, wiederum in Leipzig, und unter der unparteiischen Leitung des früheren Handelsministers v. Berlepsch zusammenzutreten soll. Ihr gehören an je ein Vertreter beider Parteien aus fünf nicht an der Tarifbewegung beteiligten Städten (Leipzig, Mainz, Dresden, Düsseldorf und Götting). In München wurde vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichts zwischen dem Holzarbeiterverband und der christlichen Organisation einerseits und dem Arbeitgeberverband andererseits eine Einigung erzielt. Der Tarif gilt auf die Dauer von zwei Jahren und erfahren die Stundenlöhne sofort eine Erhöhung von 1 Bfg., vom 1. April nächsten Jahres ab von 2 Bfg. — Der Münchener Tarif unterscheidet sich von den Ausgleichsverhandlungen der Einigungscommission in Leipzig dadurch, daß bei Akkordarbeit die Garantie des Tagelohnes vereinbart, der seither vereinbarte Mindestlohn beibehalten und der Tarif, statt auf drei Jahre, wie es der Arbeitgeberverband verlangt, nur auf zwei Jahre festgelegt wurde. Eine am Sonntag vormittag von mehr als 400 Gehilfen besuchte Versammlung stimmte den Vereinbarungen zu. Es darf aber sicher angenommen werden, daß auch die Meistervollversammlung den Abmachungen zustimmt. In Hamburg sind bisher die Verhandlungen gescheitert. In Wiesbaden und Frankfurt a. M. ist seitens der Arbeitgeber den Holzarbeitern schon die Entlassung angekündigt worden.

**Die organisierten Schuhmacher in Braunschweig** haben am 30. März sämtlich die Arbeit niedergelagt.

Eine **Tarifkonferenz für das deutsche Schneidergewerbe** begann vor einigen Tagen in Leipzig. Beteiligt sind daran die Hauptvorstände des Allgemeinen deutschen Arbeitgeberverbandes für das Schneidergewerbe und des Verbandes der Schneider. Die Aufgabe der Konferenz besteht darin, die bei den Tarifverhandlungen entstandenen Differenzen in den Orten Köln, Danzig, Glogau, Götting, Dirschberg, Herne, Kiel, München, Münster, Regensburg, Schwäbisch-Gmünd, Stettin und Wilhelmshaven auszugleichen. Erledigt sind die Lohnbewegungen in Bamberg, Blankensee, Delitzsch, Lübben, Rastatt, Rothenheim und Solingen. In Stuttgart ist es bei einer Firma nach einem halbtägigen Streik zu einer Einigung gekommen. Nach einem halbtägigen Streik ist auch in St. Johann der Tarif anerkannt worden. Im Streik befinden sich noch die Gehilfen in Wehlungen, Lohr und Dresden (Damenschneider). In Stendal sind die Gehilfen einer Firma wegen Nichtanerkennung des örtlichen Tarifs in den Streik getreten. In Brochhausen und Prenzlau wird nach vorausgegangener Kündigung am Montag die Arbeit eingestellt. In Lörrach verweigern nur noch einige Geschäfte die Unterschrift des Tarifvertrages. In Friedberg und Ruhort haben die Gehilfen den Arbeitgebern Tarifverträge zur Anerkennung vorgelegt. In Samburg sind die Gehilfen ähnlich wie in Berlin in eine Bewegung zur Ausdehnung des bestehenden Tarifvertrages über weitere Geschäfte eingetreten. In Greiz ist über eine Firma die Sperre wegen Nichtanerkennung des Tarifs verhängt worden.

**Terrorismus der Ärzte vom Reichsgericht anerkannt.** Endlich ist das Reichsgericht in die Lage verlegt worden, den erstverurteilten Terrorismus, den der Verband der Ärzte auch Ärzten gegenüber übt, als rechtunverbidlich anzuerkennen. Folgender Sachverhalt führte zu dieser Entscheidung: Aus Anlaß des Kölner Ärztestreiks im Jahre 1904, der dort wie überall mit den Ortskrankenkassen tobte, hatte der Verband der Ärzte Deutschlands zum Zweck des Schutzes seiner praktizierenden Mitglieder auch mit dem Dr. med. Muthaupt einen Vertrag abgeschlossen, demzufolge M. die Summe von 15 750 Mk. erhielt. M. hatte dafür seine feste Stellung als Kassennarzt in Köln aufgegeben und verpflichtet sich, dem Verband der Ärzte gegenüber, bei einer konventionalstrafe von 6000 Mk., innerhalb zehn Jahren ohne vorherige Genehmigung des Verbandes weder in Köln noch in einem anderen Orte des Deutschen Reiches zu praktizieren. M. hatte dann auch seinen Wohnsitz aus Köln nach Münster i. Westf. verlegt, jedoch nicht so schnell, wie es der Verband der Ärzte gewünscht haben mochte. Denn letzterer klagte bald darauf gegen M. auf Zahlung der Vertragsstrafe von 6000 Mk., weil er in Köln nach Vertragsabschluss noch praktiziert habe. Der Beklagte behauptet, daß bei Abschluß des Vertrages seine Notlage ausgenutzt worden sei und der Vertrag überhaupt unbillig sei und ihn deshalb mit so langer Beschränkung nicht verpflichten konnte. Was die Behandlung nach Abschluß des Vertrages in Köln anlangt, so habe er nur unentgeltlich einem Verwandten und einem Freunde Rezepte verschrieben, sowie noch zwei andere

Rezepte in der Notlage von Verletzten. Jedoch alles unentgeltlich. Das Landgericht Leipzig, das als erste Instanz in dieser Sache zu entscheiden hatte, sah eine Vertragsverletzung als vorliegend an und verurteilte M. zur Zahlung einer Strafe von 4000 Mark. Gegen dieses Urteil hat der Angeklagte Berufung eingelegt, die jedoch vom Oberlandesgericht Dresden zurückgewiesen wurde. Das Oberlandesgericht führt aus, daß der den Beklagten zur Aufgabe der Stellung verpflichtende Vertrag für ihn auch nennenswerte Vorteile bot und deshalb auch als ordnungsmäßiger Vertrag angesehen werden mußte. Wenn der Beklagte gegen die Angaben des Klägers einwende, daß die Behandlung von ihm unentgeltlich stattgefunden habe, so sei das nicht stichhaltig; denn es läge ein Vertragsbruch vor, da er sich zu diesem Zeitpunkt verpflichtet hatte, nicht in Köln zu praktizieren. Wenn er auch kein Entgelt für diese Behandlung genommen habe, so seien die anderen Kassennärzte, die von dem Kläger geschäftet werden sollten, doch um diese Beträge gekommen. Auch erfolge der Zweck des ganzen Vertrages eine strenge Auslegung. Das Oberlandesgericht nahm infolgedessen eine schuldhaftige Auslegung des Vertrages an und wies die Berufung des Beklagten zurück. Gegen dieses Urteil hatte letzterer mit Erfolg Revision beim Reichsgericht eingelegt. Der dritte Zivilsenat des höchsten Gerichtshofes sah eine Vertragsverletzung nicht als zu Recht bestehend an und erkannte dieser Tage auf Aufhebung des oberlandesgerichtlichen Urteils und Abänderung des Urteils vom Landgericht Leipzig dahin, daß der klagende Verband der Ärzte Deutschlands mit seiner Klage gänzlich abgewiesen wurde. Wird nunmehr gegen die ärztlichen Verbandsleiter, die die Klagen angestrengt haben, Anklage wegen Erpressung erhoben werden? Unter Zugrundelegung der von uns keineswegs gebilligten Rechtspraxis gegen Arbeiter müßte eine Verurteilung erfolgen.

**Der Streik der Amsterdamer Diamantarbeiter.** Anläßlich des am 4. April beginnenden Generalstreiks in der Amsterdamer Diamantindustrie erließ der Vorstand des holländischen Diamantarbeiter-Bundes eine Bekanntmachung, in der er die Ursachen des Kampfes angibt. Der Hauptgrund der fehligen Schwierigkeit sei die Unausführbarkeit des früheren, in Übereinstimmung mit den Arbeitgebern gefaßten Beschlusses, die Hausarbeit zu unterdrücken, die nicht nach dem zwischen den Arbeitgebern und Arbeitern vereinbarten Lohnsatz in den Brillantenschleifereien angefertigt würde. Die Arbeitgeber ließen durch ihren Verein Amsterdamer Juweliere der Gewerkschaft mitteilen, daß sie wegen unzulässiger Wettbewerbes der kleinen Hausindustriellen den alten Lohnsatz nicht beibehalten könnten und den Kollektivarbeiter-Kontrakt kündigen müßten. Die Gewerkschaft antwortete mit dem Beschluß, betreffend die Stilllegung der ganzen Industrie vom 4. April bis 2. Mai. Inzwischen wird über einen neuen Lohnsatz mit Erhöhung des Minimallohnes verhandelt werden. Der Diamantarbeiter-Bund wird seine 8000 streikenden Mitgliedern rund 200 000 Gulden Unterstützung bezahlen, immerhin ist dann noch ein Kriegsschatz von 1/2 Million Gulden übrig.

**Das Urteil im Breslauer Polizeiprozess.** Man schreibt aus Stuttgart: Am Montagabend wurde von der Stuttgarter Strafkammer das Urteil im Beleidigungsprozess der Breslauer Polizei gegen den Redakteur des „Wahren Jakob“, Genossen B. Heymann, verkündet. Die Verhandlung fand, wie berichtet, vor acht Tagen statt. Beantragt waren 500 Mk. Geldstrafe. Das Urteil lautet auf 150 Mark und die Kosten. Genosse Heymann wurde im wesentlichen deshalb verurteilt, weil die Kritik, die er in der inframinierten Nummer des „Wahren Jakob“ in Bild und Text an dem Vorgehen der Polizei bei den bekannten Polizeilattachen anlässlich der Metallarbeiter-Aussperrung in Breslau am 19. April 1906 geübt hat, sich gegen die Gesamtheit (!) der Polizei richtete, während nur festgestellt und durch die Beweisaufnahme von neuem bewiesen sei, daß nur ein Teil der Schulkleute ihre Befugnisse erheblich überschritten habe. Es hätten sich nach dem Urteil bei der Räumung der Nebenstraßen eine Reihe von Übergriffen der Schulkleute ereignet, die nicht zu rechtfertigen seien, auch wenn man bedenke, daß aus den Fenstern die Schulkleute beworfen, Drohungen und Schmähungen ausgestoßen worden seien. Denn nach den eidlichen Aussagen einer großen Zahl von Zeugen (der Richter las etwa ein Duzend Namen und mehr vor) könne nicht bezweifelt werden, daß nach der Säuberung des Striegauer Platzes in einer größeren Zahl von Fällen gegen Personen in einer Weise vorgegangen sei, zu der diese keinen Anlaß gegeben hätten, und daß auch Schulkleute grobe beleidigende Äußerungen gegen Passanten ausgestoßen hätten. Dazu komme noch der Fall Biewald, bei dem dem Arbeiter

mein Gewehr.“ sagte er, „della Rebbia muß hier auf der Jagd sein.“

„Und diese Schiffe, Herr Oberst, an denen Sie Ihr Gewehr erkannten, waren wirklich die letzten?“

„Die beiden letzten, nicht wahr, mein Vater?“

Der Oberst hatte kein besonders treues Gedächtnis, aber in allen Fällen war er daran gewöhnt, seiner Tochter nicht zu widersprechen.

„Das ist ein Umstand, der augenblicklich mit dem Staatsanwalt besprochen werden muß, überdies erwarten wir noch heute ein und einen Wundarzt zur Untersuchung der Leichen, um darnach festzustellen, ob die Wunden von der in Frage stehenden Waffe herrühren können.“

„Das Gewehr ist ein Geschenk, welches ich dem Leutnant gemacht hatte“, sagte der Oberst; „ich wollte lieber, ich hätte es ins Meer geworfen, wo es am tiefsten ist.“

„Aber freilich — der brave Junge! Ich bin doch froh darüber, daß er die vornehmliche Waffe in Händen hatte; denn ohne meinen Mantel weiß ich nicht, wie er hätte mit dem Leben davonkommen sollen.“

18.

Der Wundarzt trat etwas verspätet ein. Auch er hatte sein besonderes Reiseabenteuer zu bestehen gehabt. Giocante Castiglioni war ihm begegnet und hatte ihn mit der größten Höflichkeit genötigt, ihm zu einem verwundeten Manne zu folgen. So war er zu Orso gekommen und hatte dessen Wunde den ersten Verband angelegt. Der Bandit begleitete den Arzt eine weitere Strecke Weges zurück und war eifrig bemüht, ihn durch allerlei erbauliche Gespräche über die berühmtesten Professorenen in Pisa zu unterhalten, die, wie er sagte, alle seine vertrauten Freunde waren.

„Doktor“, sagte der Orthologe beim Abschiede, „Sie mögen mir eine zu große Achtung ein, als daß ich es für nötig halten sollte, Sie daran zu erinnern, daß ein Arzt an Bescheidenheit einem Reichthümer nichts nachgeben darf.“

Während dieser Reden fortwährend mit dem Hahn seiner Hände spielend, fügte er noch rasch hinzu: „Sie werden in allen vorerwähnten Fällen den Ort vergessen haben, wo wir uns der Ehre Ihres Besuches erfreuten. Leben Sie wohl! Ein ganz entzücktes, Ihre Bekanntschaft gemacht zu haben.“

Colomba hat den Obersten auf das dringlichste, der Untersuchung der Leichen beizumohnen.

„Niemand“, sagte sie, „kennt das Gewehr meines Bruders so gut wie Sie, und Ihre Gegenwart wird unserer Sache sehr förderlich sein. Es gibt hier ohnehin so viele schlechte Menschen, daß es für uns sehr schlimm ausfallen könnte, wenn wir niemanden zu unserer Vertretung dabei hätten.“

Als der Oberst ihren Vorstellungen folgend, fortgegangen war, und sie sich mit Miß Lydia allein befand, lagte sie über heftigen Kopfschmerz und schlug vor, ob sie nicht einen Spaziergang in der nächsten Umgebung des Dorfes machen sollten. Die frische Luft wird mich erquickend“, sagte sie, „es ist schon so lange her, daß ich nicht recht mehr genossen habe.“

Während des Gehens sprach sie sehr viel von ihrem Bruder; und da dies ein Thema war, welches Miß Lydia Aufmerksamkeit lebhaft genug in Anspruch nahm, hatten sie sich sich, ohne daß diese etwas davon wahrte, immer weiter von Pietranera entfernt. Als sie sich dessen aber endlich doch bewußt wurde und ihre Begleiterin daran erinnerte, daß es Zeit zur Rückkehr sei, war die Sonne bereits dem Untergange nahe. Colomba meinte, sich auf ihre Ortskenntnis berufend, sie würden das Dorf viel früher wieder erreichen, wenn sie nicht auf dem Wege, den sie gekommen, sondern auf einem andern zurückkehren würden. So schlugen sie einen augenblicklich viel weniger betretenen Seitenpfad ein. Bald schlängelte sich dieser an einem so steilen Abhange hinauf, daß Colomba fortwährend genötigt war, sich mit der einen Hand am Gesträuche oder an den Zweigen der Bäume festzuhalten, während sie die andere ihrer Gefährtin reichte, um sie nachzuziehen. Nachdem sie eine gute Viertelstunde lang in dieser Weise mühselig emporgeklettert waren, hatten sie eine kleine Bergene erreicht, welche mit Myrten und Erdbeerbäumen bewachsen war. Ringsum war sie von mächtigen Granitblöcken umstarrt und überall blickte aus dem spärlichen Gebüsch der felsige Untergrund hervor. Miß Lydia fühlte sich sehr ermüdet, und das Dorf war noch immer nicht zu erblicken, obgleich es fast gänzlich Nacht geworden war.

„Wirklich, meine liebe Colomba“, sagte sie, „ich fürchte, daß wir uns verirrt haben?“

„Selen Sie unbeforgt“, beruhigte Colomba. „Lassen Sie uns so weiter gehen, folgen Sie mir nur.“

„Aber gewiß, Sie müssen sich in den Wegen verirrt haben. Das Dorf kann unmöglich in dieser Richtung liegen; ich wollte weiter, daß wir es im Rücken haben. Glauben Sie mir, dort, wo wir weit in der Ferne jene Lichter blinken sehen, das muß Pietranera sein.“

„Meine liebe Freundin“, sagte Colomba, und in ihrem Ton verriet sich eine seltsame Mischung von Anruhe und Verlegenheit, „Sie haben recht; aber nur zwanzig Schritte von hier... in diesem Walde...“

„Nun?“

„Dort liegt mein Bruder; wenn Sie damit einverstanden wären, könnte ich ihn sehen und ihn umarmen.“

Miß Nevil vermochte die Überraschung in ihren Mienen nicht zu unterdrücken.

„Meine Entfernung aus Pietranera konnte nur so unbedeutend bleiben, wenn ich mit Ihnen ging.“ Sprach Colomba weiter... „sonst würde man mir sicherlich gefolgt sein...“

„Es ist eine große Versuchung, ihm so nahe zu sein und ihn doch nicht zu sehen!...“

„Warum möchten Sie nicht mit mir gehen meinen armen Bruder zu besuchen? Sie würden ihm eine so große Freude bereiten!“

„Aber, Colomba... das würde für mich nicht schicklich sein.“

„Ja so, ich begreife. Ihr Damen aus der großen Welt seid immer in Sorgen darüber, ob dieses und jenes auch schicklich sei; wir Frauen vom Dorf, wir denken nur daran, ob etwas recht und gut sei.“

„Aber es ist so spät!... Und, was wird Ihr Bruder von mir denken?“

„Er wird denken, daß seine Freunde ihn nicht verlassen haben, und das wird ihm Kraft und Mut geben, seine Leiden zu ertragen.“

„Und mein Vater! er wird sich tausend Sorgen machen...“

„Er weiß, daß Sie bei mir sind... Nun, es steht bei Ihnen; bestimmen Sie also...“

„Noch heute morgen haben Sie sein Bild betrachtet“, fügte sie lächelnd hinzu.

(Fortsetzung folgt.)



Die stilkliche Verrohung des Anfernenlebens. Eine niederträchtige Rekrutenmißhandlung durch alte Soldaten wurde, wie schon kurz berichtet, am Donnerstag vor dem Kriegsgericht in M verhandelt. Angeklagt waren der Gefreite Hagenmaier in der Lagenau, die Mannen Oskar Körtlinger von Schwarzburg-Rudolstadt, Karl Hölzer von Mergelstetten, Karl Mater von Alten, Alb. Schmid von Mählfeld im Elßach und Willy Zimmermann von Weiskensee i. d. Pfälzungen, sämtlich vom Manenregiment 19. Am 5. Februar hatte der Rekrut Thelle beim Remonteputzen gefehlt; als Theile Abends von einem Gang in seine Stube Nr. 4 kam, erschien Hagenmaier unter der Tür und befahl Theile, auf Zimmer 69 zu kommen. Theile gehorchte sofort; während er an Hagenmaier vorüberging, gab dieser ihm einen Pieb mit einem dicken Stock. Vor der Tür des Zimmers 69 holte Hagenmaier den vorausgehenden Theile ein, gab ihm zwei oder drei Liebe über Schulter und Rücken und stieß ihn in das Zimmer. Hier gab Hagenmaier dem Theile den Befehl, sich auf einen Stuhl zu stellen. Dann stellte er einen dreibeinigen Stuhl neben den Stuhl, auf dem Theile stand, und befahl ihm, vorwärts zu marschieren. Da Theile merkte, daß der dreibeinige Stuhl kippte, sprang er herab. Unterdessen erhielt Theile von Mater einen Topf mit einem Rest kalten Kakaos über den Kopf gestülpt, daß ihm der Kakaos herunterlief. Dann mußte er wieder auf den Stuhl hinauf, und hier befahl Hagenmaier ihm, einen Schürhaken, an dessen rechtem Ende eine Bierflasche und an dessen linkem Ende eine Wasserflasche hing, in den Mund zu nehmen. Theile weigerte sich, dies zu tun; Hagenmaier zwang ihn abermals mit Schlägen, den Schürhaken in den Mund zu nehmen. Während der auf diese Weise Gepeinigete da stand, wurde er nach seiner Angabe mit einem Schnapf voll Wasser überschüttet. Als Theile umschaute, riefen ihm Hagenmaier und Hölzer zu: „Schau Dich nicht um, Sauruß!“ und spuckten ihn an. Hagenmaier befahl dann Theile, er solle den Boden aufwischen und, nachdem dies geschehen, Klimmzüge am Kasten machen. Theile machte auch zwei Klimmzüge und hörte dann auf, da er zu müde war. Nun schlug ihm der Mann Zimmermann, der im Bett lag, mit einem Karabinerfuttural ins Gesicht und warf es ihm nach, Görtlinger gab ihm mit einem Stock einen Pieb über den Rücken und Schmid stülpte ihm hierauf einen Schnapf mit kaltem Wasser über den Kopf. Hagenmaier sagte dem Theile, er solle in ein auf dem Kasten liegendes Brot beißen; Theile tat es aber nicht. Statt dessen schlug Hölzer vor, Theile solle auf dem Kasten singen. Hagenmaier befahl deshalb, Theile solle auf den Tisch und von da auf den Kasten klettern. Theile stieg auch auf den Tisch, wollte aber nicht singen, worauf er wiederum drei Schläge mit dem Stock von Hagenmaier bekam. Auch da spuckte Hölzer nochmals den gequälten Rekruten an. Hagenmaier befahl diesem dann, vom Tisch herunterzutreten, und in den Ofen hinein zu schreien: „Ich bin gerne Soldat!“ Auch das tat Theile aus lauter Angst zweimal. Infolge dieser Mißhandlungen hatte Theile acht Tage lang Schmerzen und mußte zwei Tage im Lazarett bleiben. Der Vertreter der Anklage bezeichnete die geschilderten Vorgänge als ein recht trübes Bild sittlicher Verrohung des Anfernenlebens, als beispiellose Rohheit, Gemeinheit und Niedrigkeit und beantragte gegen Hagenmaier 6 Monate, Hölzer 3 Monate, gegen die übrigen Angeklagten Strafen von 4 und 5 Wochen Gefängnis. Das Urteil lautete, wie gemeldet, gegen Hagenmaier auf 8 Monate Gefängnis, gegen Hölzer auf 2 Monate 2 Tage Gefängnis. Gegen beide wurde die sofortige Festnahme verfügt, da bei der Höhe der Strafe Fluchtverdacht vorliegt. Die übrigen Angeklagten erhielten 2 Wochen, 3 Wochen, 10 Tage, 1 Woche Gefängnis. Auch der Verhandlungsleiter rügte in der Urteilsbegründung das bodenlos rohe, gemeine und feige Verhalten der Angeklagten, die sich in unerhörte schamloser Weise vergangen. — Wir glauben dieses Sittenbild aus dem herrlichen deutschen Kriegsheer unseren Lesern nicht vorenthalten zu sollen, besonders, da die Militarismuschwärmer im Reichstag immer behaupten, Rekrutenerschindereln kämen fast gar nicht vor.

Sächsischer Justiz. Ein ungeheuerliches Urteil hat das Chemnitzer Schöffengericht gegen die Genossen Paul Bold und Reichelt erlassen. Die beiden sollten anlässlich der im November 1907 vorgenommenen Vertreterwahlen zur Ortskrankenkasse den „nationalen“ Wahlleiter, Schneider Kröner, gemeinschaftlich in einer das Leben gefährdenden Weise mißhandelt, bedroht und dadurch genötigt haben, seinen Posten zu verlassen. Paulbold gab zu, dem Kröner, der ihn in den Rücken gestoßen, eine Ohrfeige gegeben zu haben, sonst sei nichts geschehen. Wie schon bei den Erörterungen des Rates über angeblich von Seiten der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft verübte Wahlbeeinflussung nur die „nationalen“. Nachher gehört wurden und der Rat die Ungültigkeitserklärung der Wahl mit den Behauptungen der „Nationalen“ begründete, wie bei der Rekrutenverhandlung die Kreishauptmannschaft für unnötig gehalten hatte, den angegriffenen Teil zu hören, so hatte auch das Gericht es abgelehnt, die von den Angeklagten benannten Zeugen zu laden. Dafür waren acht „nationale“ Leuchten als Zeugen da. Aber trotzdem war die Anklage nicht zu halten. Es blieb außer der Nötigung nur einfache Körperverletzung übrig. Die Beweise für diese Delikte waren außerdem noch sehr dünne und stützten sich in der Hauptsache auf die Angaben des angeblich verletzten Kröner, den das Gericht für glaubwürdig erachtete, trotzdem ihm Unwahrheiten und Übertreibungen in seiner Darstellung der Vorkommnisse nachgewiesen wurden. Außerdem trugen seine haarsträubenden Angaben den Stempel der Unwahrheit auf der Stirn, wenn man nicht annehmen will, daß die Polizeibeamten, die bei dieser Wahl in ungemessen großer Anzahl am und im Wahllokal waren, mit den Gewerkschaftlern unter einer Decke gesteckt haben. Im Rapport des Inspektors war von alledem nicht die Rede gemessen und auch die Schulleute haben nichts davon gemerkt. Auch diese sonst so gern als Zeugen verwendeten Beamten zu hören, hatte das Gericht abgelehnt. Natürlich auch die von den Angeklagten sonst benannten Zeugen, „von denen man“, wie der junge Anwalt bemerkte, „nicht wissen kann, ob sie die Wahrheit sagen würden“, weil sie von der Partei der Angeklagten seien! Trotz des Zusammenbruchs der Anklage erkannte das Gericht auf folgende zu dem Erwissten im schreienden Mißverhältnis stehenden Strafen: gegen den unbescholtenen Paulbold auf zwei Monate und zwei Wochen, gegen Reichelt, der unter dem Sozialistengesetz einige Strafen erlitten, aber auf fünf Monate und zwei Wochen Gefängnis. — Gegen das rassistische Urteil wird selbstverständlich Berufung eingelegt.

Mannheimer Verkehr durch die Schiffsabgaben erwachsen wird, auf jährlich 1 Million Mark veranschlagt. Der badische Staat hätte sicher nicht hunderte Millionen von Mark für Hafenanlagen ausgegeben, wenn er geahnt hätte, daß man alte Abgaben wieder aus der Vergessenheit ausgraben würde. Es ist nun gesagt worden, daß die Abgaben zum Ausbau der Wasserstraßen verwandt werden sollen. Wenn die Abgaben niedrig sind, dann werden sie keine Rückschüsse bringen; werden sie hoch sein, dann wird dem Verkehr mit der einen Hand genommen, was ihm mit der anderen gegeben wird. (Sehr richtig! links.) Zu den schwankenden Erklärungen der schwankenden Regierungsvertreter (Hilt. und Justizminister links) haben wir kein Vertrauen. Wir haben uns verpflichtet, die Reichsverfassung in den Schutz zu nehmen gegen den Reichskanzler und die nationale wirtschaftliche Einheit gegen das partikularistische Preußen. (Lebh. Beif. b. d. Soz.)

Die freisinnige Interpellation begründet Kampf (Hilt.), der auf die Verkehrsfähigkeit der Schiffsabgaben hinweist, die sich in derselben Linie bewegen, wie die Erhöhung des Ortsportos und die bürsenförmliche Gesetzgebung. (Beif. b. d. Freis.) Zur Beantwortung der Interpellation verliest

Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg eine Erklärung, deren kurzer Sinn ist, daß nach Abschluß der Verhandlungen zwischen den einzelnen Bundesregierungen der Artikel 54 der Reichsverfassung in dem Sinne abgeändert werden soll, daß Abgaben auf regulierten Strömen zulässig sein sollen. Alsdann sollen Verhandlungen mit den beteiligten auswärtigen Staaten angeknüpft werden. Als der Staatssekretär von der Förderung des nationalen Wirtschaftslebens durch die Schiffsabgaben spricht, bricht die Linke in schallendes Gelächter aus.

Preussischer Eisenbahnminister Breitenbach schildert, wie schön das deutsche Strombauwerk ausgebaut werden solle, sobald nur erst Schiffsabgaben erhoben werden. Es sollen gemeinschaftliche Strombauwerke für die Anliegerstaaten gebildet werden. Redner behauptet unter dem Beifall der Rechten, daß Schiffsabgaben durchaus im Geiste der praktischen Staatsmänner sein würden, die den Zollverein und die deutsche Reichsverfassung geschaffen haben.

Zu der auf Antrag Bebel (Soz.) beschlossenen Besprechung der Interpellationen erklärt sich zunächst

Gerstenberger (Z.) mit den Ausführungen der Bundesvertreter einverstanden.

Kreth (K.) preist die uneigennütigen Verdienste Preußens um Mannheim, klagt über Arbeiternot auf dem Lande und erklärt, wenn es keine Schiffsabgaben gäbe, gäbe es auch keine Kanäle und das wäre den Konservativen gerade recht. (Beifall rechts.) Die sächsischen Konservativen seien allerdings anderer Ansicht. (Hilt.)

Wißl (W.) legt dar, daß die nationalliberale Partei geteilter Meinung sei. Der größere Teil allerdings für Schiffsabgaben.

Schrader (Fg.) spricht sich im Sinne des Abgeordn. Kampf aus.

David (Soz.): Durch die schönen Zukunftsbilder des Herrn Breitenbach soll man sich nicht täuschen lassen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Mit schöner Offenherzigkeit haben die preussischen Konservativen zugegeben, daß der Antrag Heydenbrandt auf Einführung der Schiffsabgaben sich gegen die Einfuhr ausländischen Getreides wandle, also agrarische Ziele verfolgte. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Die Wirkung der Schiffsabgaben wird eine Verteuerung der Bauhölzer, der Kolonialwaren, aller möglichen Artikel werden, für den Arbeiter und den Geschäftsmann ins Gewicht fallen. So soll wieder die breite Masse die Kosten der Stromregulierung tragen; denn daran denkt man natürlich nicht, die landwirtschaftlichen Anlieger, deren Grundstücke durch die Regulierung melioriert werden, und denen dadurch Millionen in den Schoß geworfen werden, zu den Kosten heranzuziehen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Die Einführung des bekannten Paragraphen in das preussische Wassertrahengesetz bedeutet ganz einfach, daß Landesrecht über Reichsrecht gestellt wird. Es ist auch kein Zweifel, daß das preussische Kanalgesez unsere Verträge mit Holland und Dänemark durchbricht. (Sehr richtig! links.) Man hat preussischerseits die anderen Bundesstaaten durch Versprechungen zu fördern versucht; man hat sich aber damit nicht begnügt, man ist zu Drohungen geschritten und hat somit direkt Erpressung geübt. (Lebhafte Zustimmung links, Lärm rechts.) In den Rheinverträgen haben sich auch die Landtagsabgeordneten und Reichstagskandidaten des Zentrums gegen Schiffsabgaben erklärt. (Hört, hört! links.) Dagegen scheinen die Nationalliberalen wieder einmal bereit zu sein, Errungenschaften einer liberalen Zeit wieder aufzuopfern. (Sehr wahr! links.) Und das geschieht in der sogenannten liberalen Era! Eine Mehrheit für Schiffsabgaben wird sich ja leider in diesem Hause zusammenfinden. Die sächsischen Konservativen wollen allerdings nicht mitmachen und überhaupt, soviel ich weiß, steht Sachen heute noch aufrecht. (Singer: Wie lange noch?) Das kann ich natürlich nicht sagen. (Weiterkeit.) Wenn die sächsische und süddeutsche Industrie hat. (Sehr richtig! links.) Unsere Väter und Großväter wußten, was sie taten, als sie die Stromzölle abschafften. (Sehr richtig! links.) — Nun noch eins! An anderer Stelle hat der preussische Minister erklärt, die Festlegung der Tarife sei ein Kronrecht, in das der Reichstag sich nicht zu mischen habe. Müge der Reichstag dafür sorgen, daß diese Auffassung nicht in die Wirklichkeit übergeführt wird und daß der Reichstag, wenn Schiffsabgaben eingeführt werden, das Recht behält, die Tarife festzusetzen und über alles zu wachen, was in dieser Beziehung geschieht. (Sehr richtig! links.) Klipp und klar verbitzt die Verfassung die Teilnahme des Reichstages an der Tarifbestimmung. Ein außerordentlich wichtiges Reichsrecht steht hier in Frage und Reichsrecht ist Reichstagsrecht, in letzter Linie also Volksrecht. So sind wir Umstürzler denn in die Lage gekommen, dafür sorgen zu müssen, daß Preußen die Reichsverfassung nicht umstürzt. (Sehr gut! links, Lärm rechts.) Gibt aber wieder einmal die Reichstagsmehrheit ein Reichstagsrecht auf, so wird hoffentlich die Masse des Volkes bei der nächsten Gelegenheit die richtige Antwort darauf geben. (Lebhafte Beifall b. d. Soz.)

Minister Breitenbach behauptet, keine Erpressertaktik zu treiben.

Dr. Vogt-Hall (Wirtschaftl. Bgg.) ist für Schiffsabgaben.

Die sächsischen Abgeordneten Günther (Frs. Bpt.), Zimmermann (Nat.), Heinze (Nat.) erklären sich entschieden gegen Schiffsabgaben. Als der Abg. Günther von einem „unmoralischen Druck Preußens“ spricht, wird er von dem Vizepräsidenten Kaempf zur Ordnung gerufen.

Haus (Zr.) ist für Schiffsabgaben.

Ein Verlagsantrag wird angenommen.

Präs. Graf Stolberg ruft den Abg. Dr. David nachträglich zweimal zur Ordnung.

Darauf vertagt sich das Haus auf Donnerstag 1 Uhr.

(2. Lesung des Verordnungs-Gesetzes.

Schluß um 1/2 7 Uhr.

im Fluß eines Hauses von einem Schußmann die Hand abgehauen wurde. Auch spreche immerhin einigermassen gegen die Schulleute das Zeugnis des Arztes Dr. W. H. J. am, nach welchem sich ein großer Teil der Verletzungen auf dem Rücken der Leute befand. Nur will die Darstellung im „Wahren Jacob“ sich gegen die Gesamtheit der bei der Straßensäuberei Beteiligten Schußmannschaft richten, sei die Verurteilung erfolgt, während sich nur ein Teil der Polizei abergläubig habe zuschreiben kommen lassen. Nach diesen Feststellungen des Gerichts hätte eigentlich Freisprechung erfolgen müssen, wenn unsere Gerichte nicht die eigentümliche Praxis übten, eine Kritik, die an dem Vorgehen einer Beamtenkategorie geübt wird, auf sämtlich Beamte zu beziehen, während doch die Vorwürfe natürlich nur den schuldigen Teil treffen sollen. Denn daß alle Schulleute ausnahmslos so gehandelt haben, wie der leider noch immer unbekannte und Polizeidienst ausübende Handabhafer und seine Kumpane, hat natürlich kein Mensch je weder behaupten können noch behaupten wollen! Immerhin: die Breslauer Polizeitalen sind abermals abgeurteilt!

Koloniale Kulturkuren vor Gericht. Vor der Strafkammer in Frankfurt a. M. begann am 30. März auf Antrag des Reichskolonialamtes der Prozeß gegen die „Frankfurter Volksstimme“ wegen eines am 24. Januar 1907 (dem Tage vor der Reichstagswahl) erschienenen Artikels mit der Überschrift: „Wie unsere nationale Ehre gewahrt wird“, dem ein Bild hinzugefügt war, das sechs Regener am Ozean zeigte. Bild und Text waren der „Mannheimer Volksstimme“ entnommen, dessen verantwortlicher Redakteur seinerzeit einen Monat Gefängnis dafür erhielt. In Sachen gegen die „Frankfurter Volksstimme“ für die Genosse Wilhelm Zander auf der Anklagebank saß, wurde Vertagung beschlossen. Der Reichskanzler, der Kolonialstaatssekretär und Ministerialdirektor Conze sollen darüber vernommen werden, ob sie schon länger als drei Monate vor der Stellung des Strafanklages Kenntnis von der Veröffentlichung dieses Artikels gehabt hätten. Außerdem sollen die Mannheimer Akten eingeholt werden.

Die Parteischule beendete am Dienstag, den 31. März, ihren zweiten Kursus, der am 1. Oktober vorigen Jahres begonnen hatte. Bekanntlich suchte damals die Regierung die Arbeit der Schule dadurch zu erschweren oder gar zu unterbinden, daß sie die zwei Hauptlehrer, die Genossen Hiltferding und Wannekoek, mit der Ausweisung bedrohte, falls sie ihre Verrichtungen wieder aufnehmen. So bedauerlich das hierdurch verursachte Ausscheiden der beiden Genossen aus dem Lehrerkollegium der Parteischule auch war, so ist doch der gegen die Schule geführte Schlag völlig pariert worden, indem die Genossen Luxemburg und die Genossen Cunow und Wurm in das Lehrerkollegium eintraten. So konnte der Kursus zur völligen Zufriedenheit der Beteiligten und zum Nutzen der Partei ohne weiteren Zwischenfall zu Ende geführt werden. Genosse Bebel widmete den scheidenden Parteischülern einige herrliche Worte des Abschiedes im Namen des Parteivorstandes, Genosse Haarer-Darmitadt antwortete für die Schüler, worauf Genosse Schulz im Namen des Lehrerkollegiums den Kursus für beendet erklärte.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“.

Berlin, den 1. April 1908.

137. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: v. Bethmann-Hollweg, Breitenbach.

Zunächst erfolgt die Abstimmung über die Ostmarkenzulagen-Resolution von Camp (Fp.).

Der Abänderungsantrag Alblach (Fp.), die Zulagen unwiderruflich zu gestalten, wird einstimmig angenommen. Der so geänderte Antrag Camp wird in namentlicher Abstimmung mit 163 gegen 142 Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen.

Es folgen die Interpellationen über die Schiffsabgaben.

Die sozialdemokratische Interpellation Albrecht fragt den Reichskanzler, was er gegen die von Preußen geplante reichsverfassungswidrige, mit internationalen Verträgen im Widerspruch stehende und wichtige wirtschaftliche Interessen gefährdende Einführung von Schiffsabgaben auf natürlichen Wasserstraßen zu tun gedenkt.

Die freisinnige Interpellation Alblach fragt den Reichskanzler, ob er die Schiffsabgaben für vereinbar mit dem Artikel 54 der Reichsverfassung und den bestehenden internationalen Verträgen halte.

Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg erklärt sich zur Beantwortung der Interpellation bereit.

Dr. Frank (Soz.): Im Dezember 1903 erklärte noch der Reichskanzler die Einführung von Schiffsabgaben auf natürlichen Wasserstraßen als nicht angängig. Aber schon zwei Monate später erklärte der preussische Eisenbahnminister namens des preussischen Staatsministeriums, dem ja auch Fürst Bülow angehört, daß die Bestimmungen der Verfassung ihn nicht hindere, Abgaben auf den natürlichen Wasserstraßen zu erheben. Im preussischen Wassertrahengesetz vom 1. April 1905 wurden denn auch Schiffsabgaben auf regulierten Wasserstraßen für zulässig erklärt. Preußen ist damit bis hinter den Reichsdeputationshauptschluß von 1803 zurückgegangen und wieder einmal hat sich gezeigt, daß der preussische Partikularismus der gefährlichste von allen ist. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

Gegen den Artikel 54 der Reichsverfassung hat die preussische Regierung juristische Aufklärungspatrouillen losgelassen, deren Treiben noch nachträglich den Lutherzorn gegen die Rechtsgelehrten begründet erscheinen läßt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Das Verfahren der preussischen Regierung verstößt nicht nur gegen die Reichsverfassung, sondern charakterisiert sich als ein Vorstoß gegen den bundesstaatlichen Charakter des Reiches überhaupt. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

Ich bedaure, daß die süddeutschen Staaten sich überhaupt in Verhandlungen eingelassen haben, statt es zu machen, wie jene Gähner, die da erklärten, weder gestollen noch gebatzen werden zu wollen. (Weiterkeit.) Die Schiffsabgaben werden auch in Holland und Österreich als unfreundlicher Akt aufgefaßt werden und ich glaube kaum, daß unsere guten Beziehungen zu dem einen oder anderen Sultan von Marokko (Weiterkeit) oder zu Montenegro (Cruicute Weiterkeit) uns über die Mißbilligung jener beiden Nachbarländer trösten können. Es ist schlimm genug, daß wir auf den Einspruch des Auslandes als Hilfsmittel gegen den preussischen Partikularismus hoffen müssen. Wie sagte doch jener bayerische Schulzinger? „Der innere Feind, böz fan die Preiße!“ (Gr. Weiterkeit.) Natürlich nicht das preussische Volk, wohl aber die preussische Bureaucratie, die die Geschäfte der Junker besorgt. Durch Verteuerung des Nährstofftransportes wird die süddeutsche Industrie in ihrer Konkurrenzfähigkeit geschädigt. Die Mannheimer Handelskammer hat den Schaden, der dem



# Aus Nah und Fern.

**Lobesprechung des „Desperado“.** Der junge Franzose Gabbin produzierte seit einigen Wochen im Zirkus Busch zu Berlin als „Desperado“ einen Sprung, der an Fokkigkeit alles bisher Gesehene hinter sich ließ, und der ihm jetzt auch das Leben gekostet hat. Gabbin stürzte sich aus einer enormen Höhe herab und landete mit den Armen und der Brust auf einer steilen Rutschbahn, die seinen Fall allmählich durch Verringern des Winkels hemmte. Gabbin wurde dann in einem Netz aufgefangen. Sonntag abend verfiel er — wie bereits gemeldet — Gabbin das Brett und schlug mit dem Unterleib auf die obere Kante des Rutschbrettes. Er glitt von der Seite ab und fiel mit dem Kopf nach unten bewußtlos in die Manege. Ein als Zuschauer anwesender Oberstabsarzt der königlichen Klinik leitete die erste Hilfe und ordnete die Überführung des schwer verletzten Springers nach dem Krankenhaus an. Dort erlag Gabbin in der Nacht seinen inneren Verletzungen.

**Schwer bestrafte Heimweh.** Das Kriegsgericht zu Allenstein verurteilte den Musketier Wilhelm Lehmann, früher Maurer im Kreise Lübben, wegen Selbstverstümmelung zu einem Jahr Gefängnis und Verlegung in die zweite Klasse des Soldatenstandes. Lehmann war geständig, nach Beendigung seines Weihnachtsurlaubs von einem unüberwindlichen Heimweh erfaßt worden zu sein; er nicht zur Garnison zurückkehren zu müssen, sei er auf den Bodenraum gegangen und habe sich mit einer Axt den Zehngelinger der rechten Hand abgehakt.

**120 000 Mk. im Bett verborgen.** Vor kurzem starb in Nordhausen der frühere Lithograph Gahnmann, der in recht ärmlichen Verhältnissen zu leben schien. Unter anderem erhielt er aus der Müller'schen Nachlassverwaltung 120 000 Mk., nicht weniger als 90 000 Mk. bares Geld sowie 30 000 Mk. in Wertpapieren in seinem Bett verborgen. Da sich der „arme“ Reiche um die Verstärkung des Vermögens gedrückt hat, dürfte sich die Behörde mit der Angelegenheit noch zu beschäftigen haben.

**Ermittelte Schwinder.** In Dresden wurde ein Gerbe, der sich den Namen Nowanowitsch beigelegt hatte, wegen in einer Fremdenpension verübter Verwüstungen verhaftet. Es wurde festgestellt, daß der Verhaftete ein seit zehn Jahren wegen Unterschlagung im Amt ständiger Rechtsanwalt aus Belgrad ist. Während der letzten Jahre hat er sich hauptsächlich in größeren Städten Deutschlands, u. a. drei Jahre lang in Berlin, Hamburg und Breslau aufgehalten.

**Am Stafettenraum angepöckelt.** Ein Frankfurter Väterbuche kletterte am Freitag morgen um die Brötchen an das Bayerische Fenster an einem Hause der Scheidewaldstraße zu legen, auf einen Stafettenraum und stürzte aus. Die eiserne Spitze des Zaunes drang ihm in den Unterleib. Schwerverletzt wurde er ins Heiligengeisthospital gebracht. Der junge Mann ist also ein Opfer der Bequemlichkeit jenes Publikums geworden, das zwar beim Frühstück seine Brötchen haben will, aber keine Einrichtungen trifft, die das anstandslos übermitteln der Backwaren ermöglichen.

**Kein Revolutionär!** Der Polytechniker von Holnstedt-Eute in Röhren, ein Russe, trat, als er eines Abends von einem Saufgelage zurückkehrte, einen Arbeiter bereit vor den Leib, daß der Arbeiter einen Bruch erlitt und heute noch schwerkrank im Krankenhaus liegt. Auf der Polizeiwache verübte der Röhling dann noch wilde Szenen. Er wurde verhaftet und wegen Mordverdachts in Haft gehalten. Jetzt hat man den Selben gegen Stellung einer Kaution von 1000 Mk. aus der Haft entlassen! Er hat auch die Freundschaft der Behörden gleich anerkannt und ist ausgesperrt. Die deutschen Behörden werden die Armen über den Fall schließen können. — Russische Revolutionäre, die zwar keine Körperverletzung mit eventuell tödlichem Ausgang verüben, die nur einfach die Gastfreundschaft Deutsch-

lands in Anspruch nahmen, die behielt man fern in Haft, wie sie aus und überlieferte sie den Schergen „Väterchen“! Dafür ist Deutschland auch im Ausland sehr gut angesehen, besonders in Rußland.

**Millionenschädigung einer Gemeinde durch Unternehmer.** Um eine hohe Summe ist die Berlin benachbarte Gemeinde Friedrichsfelde durch einen Tiefbauunternehmer geschädigt worden. Die Prüfung der mit dem Unternehmer aufgestellten Rechnungen durch den Sachverständigen der Gemeinde, Baurat Kleemann, hat dem „Vorwärts“ zufolge ergeben, daß der Unternehmer die Gemeinde um mehr als eine Million Mark Advorverteilt hat. Dem neuen Gemeindevorsteher ist Material zur Verfügung gestellt worden, wonach angeblich bewiesen werden soll, daß diese Millionenschädigung nur durch Beihilfe anderer Personen möglich war. Schmiergelder und sonstige „kleine Geschenke“ scheinen dabei eine große Rolle gespielt zu haben. Einem Bauaufseher der Gemeinde, der dem Unternehmer auf die Finger sah, wurden von einem Angestellten des Unternehmers mehrere Male je 50 Mk. angeboten. Der Bauaufseher lehnte jedoch ab. Der Unternehmer mochte wohl glauben, die Ablehnung erfolge, weil der Betrag von 50 Mk. zu niedrig sei. Er bot deshalb dem Bauaufseher selbst einige Hundertmarktscheine an. Diese Tatsachen hat der Bauaufseher beim Gemeindevorsteher zu Protokoll erklärt. Soviel bekannt, hat die Gemeinde trotz der obigen Tatsachen noch keine Strafanzüge gegen den Unternehmer erklattet. Es sollen sogar Verhandlungen im Gange sein, um die Sache im stillen durch einen billigen Vergleich aus der Welt zu schaffen. Dem „V. T.“ zufolge sind die Ermittlungen gegen den Unternehmer noch nicht abgeschlossen.

**Falsche Königs-Schildwache?** Als Portugals König Manuel seinen gewohnten Morgenpaziergang im Hofe des Palais unternahm, fiel ihm eine Unregelmäßigkeit im Verhalten des salutarischen Wachtpostens auf. Der König rief den Chef des Militärstabes, General Lopez, herbei und beauftragte ihn, der Sache auf den Grund zu gehen. Es stellte sich heraus, daß der Wachtposten kein Soldat der Armee war. Ein Verhör und weitere Nachforschungen ergaben, daß er der „Gesellschaft vom Schwarzen Kreuz“ angehört, demselben Geheimbunde, dessen Mitglieder auch die beiden erschossenen Königsräuber, Quica und Dacosta, waren. Der Vorfall hat ungeheures Aufsehen im Palais erregt. Weiter hat die Untersuchung noch keine Anhaltspunkte dafür ergeben, wie es der falschen Schildwache möglich war, sich einzuschmuggeln.

**Ans Sachalin entflohen.** Die Polizei in St. Petersburg verhaftete am 27. März einen Mann namens Berkoff, der vor zehn Jahren zu schwerer Arbeit in der Strafkolonie auf der Insel Sachalin verurteilt worden war. Während des Krieges war es Berkoff gelungen, die Küste zu erreichen, und ein japanisches Schiff, das Militär gelandet hatte, nahm ihn an Bord. Berkoff hielt sich einige Jahre in Japan auf, verschaffte sich dann einen falschen Paß und kehrte über Sibirien nach St. Petersburg zurück. Die Polizei hatte bald seine Spur gefunden und verhaftete ihn während der Nacht in einem Hause am Newski Prospekt.

**Kein anarchistisches Attentat!** Der Bombenwurf auf dem Madison Square zu New-York war, wie eine Kabelmeldung der „Frankf. Ztg.“ besagt, nicht das Resultat eines anarchistischen Komplotts, sondern die Tat eines einzelnen, der in letzter Zeit anscheinend von Verfolgungswahn ergriffen war, da er sich bei Verwandten fortwährend über Verfolgungen seitens der Polizei beklagte, die einen besonderen Haß auf ihn geworfen habe. Die Polizei glaubt, im jüdischen Jargon geschriebene Briefe, die unter den Effekten des Bombenwerfers Silbereisen gefunden wurden, dem bekannten Anarchisten Berkman zurechnen zu dürfen; dieser aber bestritt entschieden die Urheberchaft der Briefe. Die Verhafteten wurden zum größten Teil entlassen. Silbereisen heißt eigentlich Cohen und stammt aus Bialystok. Die Bombe stellte er aus Schießpulver, Nägeln und Holenknöpfen her. Die Bombe, welche vorzeitig explo-

dierte, tötete den aus Bayern gebürtigen Schneider Ignaz Hildebrandt, der sich aus Neugierde unter die Demonstranten begeben hatte. Silbereisen befindet sich gegenwärtig in einem höchst bedenklichen Zustande. Ein Arm wurde ihm amputiert, außerdem erlitt er eine Beinverletzung und einen Schädelbruch; auch ist er erblindet. Die Polizei hatte die Erlaubnis für eine Straßenversammlung der Arbeitlosen verweigert, nichtbedenklicher waren nachmittags über 10 000 gekommen, vornehmlich auf Aufforderungen der radikalen Blätter „Vorwärts“ und „Freie Arbeiterstimme“. Sie waren in geordnetem Zuge, die Markstraße singend, marschierend, bis die bereitete Polizei mit Stöcken einhieb. Der bekannte amerikanische Sozialist Robert Hunter erklärt, die Polizei habe sich schamvoll benommen.

## Letzte Nachrichten.

**Berlin, 1. April.** Heute vormittag 9 1/2 Uhr gab in der elterlichen Wohnung, Friederstraße, der am 14. März 1886 in Königsberg geborene Kaufmann Arthur Saff mehrere Revolvergeschosse auf sich selbst ab. Er wurde mit schweren Verletzungen am Kopfe nach dem Krankenhaus Friedrichshain gebracht. Vorher hatte Saff seine Ehefrau Frieda, geborene Bull, durch einen Schuß ins Gesicht schwer verletzt. Frau Saff war gestrichelt und fand in demselben Krankenhaus Aufnahme.

**Königs-Wartha, 1. April.** Einem verheerenden Schadensfeuer sind im benachbarten Dorfe Rohndorf zehn Gebäude zum Opfer gefallen. Der Schaden ist bedeutend. Menschen sind nicht verunglückt. Die Entstehungursache ist unbekannt.

**Strasbourg, 1. April.** Der von seiner Frau getrennt lebende Kunstmalergarnier in Mithrasen feuerte in dem Hotel, wo seine Frau zu essen pflegte, nach einem Wortwechsel mit den Worten: „Ich mache den Richter selbst!“ mehrere Revolvergeschosse auf sie ab, die sie verumwundeten. Hieran erkrankte er sich vor den Augen der entsetzten Gäste.

**München, 1. April.** Infolge eines seit zwölf Stunden in ganz Süddeutschland anhaltenden starken Schneefalles, verbunden mit Schneewehen, ist auf vierzehn Süddeutschen und schweizerischen Bahnen der Verkehr gestört.

**Paris, 1. April.** Wegen Mordes und Mordversuchs, verübt an einer ganzen Familie wurde die 30jährige Frau Gilbert in Bourges verhaftet. Frau Gilbert soll ihrer Waise, einer Frau Ballot, einen verpfändeten Koffer geschickt haben, nach deren Genuss Frau Ballot starb und alle Mitglieder der Familie erkrankten.

**Madrid, 1. April.** Wie die „Frankfurter Zeitung“ erfährt, sind in der staatlichen Depostitenkasse Veruntreuungen von großem Umfange aufgedeckt worden. Wie verlautet, beträgt ihre Höhe mehrere Millionen. Der Täter, ein höherer Beamter, ist flüchtig.

## Sternichau-Viehmarkt

1. April  
Der Schweinehandel verlief flau. Zugeführt wurden 641 Stück, davon vom Norden — Stück, vom Süden — Stück. Preis: Verlandschweine schwere 53 Mk., leichte 52-52 1/2 Mk., Sauen 47-51 Mk. und Ferkel 40-51 Mk. pro 100 Pfund.

Verantwortlicher Redakteur: Joh. Stellung.  
Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer u. Co.  
Sämtlich in Lübeck

**Drucksachen** jeder Art für Vereine, Handwerker und Gewerbetreibende werden sauber und pünktlich ausgeführt in der Buchdruckerei des „Lübecker Volksboten“

**Komitee- u. Kommissions-Sitzungen**  
**Arbeiter-Absinenten-Bund.**  
Freitag, den 3. April,  
abends 8 1/2 Uhr  
**Arbeiter-Bildungsschule**  
Lübeck.  
**Rede-Uebung**  
am Donnerstag, den 2. April 1908;  
Thema: „Die Maifeier“.

Durch die Geburt einer Tochter wurden hoch erfreut **Hermann Giese u. Frau Marie geb. Wöhnen.**  
Kensfeld, den 29. März 1908.  
Mittwoch nachmittag 4 Uhr entließ ich sanft unsere liebe Mutter und Großmutter **Katharine Planthaber geb. Schulz** im 77. Lebensjahre. Tiefbetrübt von ihren Kindern und Kindeskindern.  
Die Beerdigung findet am Sonnabend, nachmittags 4 1/2 Uhr, vom Sterbehause Schwartzauer Allee 23 aus statt.  
Für die Unterstüßung vom Zentralverband der Hafenarbeiter sage hiermit meinen besten Dank.  
**W. Helms, Kadenburg.**

**Ein Mädchen,** welches Herrn die Schule verläßt, gesucht. Näheres Feldstraße 2. **H. David.**  
**Zu vermieten möbl. Zimmer** mit voll. Pension. 11, 12 u. 13 Mk. pr. Woche. Mühlentstr. 34. II. Unte. Eingang Kapittelstr. I. Freundliches Zimmer zu vermieten mit Kaffee Preis pr. Woche 2 50 Mk. Ludwigsstr. 34.  
**Ges. von ordentl. Leuten e. Wohnung** von 3 Zimmern vor dem Postamt. Angeb. unter **G A 36** an die Exped. d. Bl.

# Die teure Butter!

In diesen furchtbar schweren Zeiten Der Fleischnot und der grossen Pleiten Denkt mancher Vater sorgenvoll Wie das wohl nur noch enden soll. Und händeringend spricht die Mutter: „O Kinder, nicht so dick die Butter!“ Ja, ja, die Zeit wär wirklich schwer, Wenn kein Ersatz für Butter wär. Die „**Mohra**“ ist schon längst bekannt Als beste Margarin im Land, Wer kennt noch nicht die „**Siegerin**“, Schon in dem Wort liegt alles drin — Ersetzt die Butter ganz und gar Und kostet wenig Geld fürwahr, Wer sie probiert hat, ist ganz selig Und kauft nur noch „**Siegerin**“.

**Frau Fröhlich.**

Allen Freunden und Bekannten zur Kenntnis, daß ich das **Restaurant, Kupferschmiedestraße 11** käuflich übernommen habe und den Besuch desselben bestens empfehle. Um gütigen Zuspruch bittet und zeichne ergebenst  
**Karl Ritzau.**  
**Handkoffer, Blusen u. Kindergarderobe** wird sehr billig angefertigt.  
**Schokampstr. 20, zur. Dimerthaus.**  
**Kabazoni-Sofa und Lehman zu vermieten.** Kafenigauer Str. 8.  
**Bruteier** weiße und reibungsfähige Italiener Stamm, präpariert mit L. und Schreierpreis. Dugend 3 Mk.  
**J. H. C. Wittfoth, Mengstraße 21.**

**Ein starker Kinderwagen** billig zu verkaufen. Sedanstraße 9, I.  
**Ein kleines Haus** vor dem Hüter- oder Turator zu kaufen gesucht. Angebote unter **H 3** an die Exped. d. Bl.  
**Ein dunkler Jacket-Anzug** sowie ein **Paletot** billig zu verkaufen. Belacstr. 26a, I.  
**Ein Zugänger** zu verkaufen. Maschüttenweg 15b.  
**Gartenbank, guterhalten,** zu kaufen gesucht. Angebote mit Preis unter **P** an die Exped. d. Bl.  
Gewicht sofort 200 Mk. zu 6% u. 2. Geld, nach 840 Mk. Angebote unter **M N** an die Exped. erbeten.  
**Fertige Särge und Leichenwäsche**  
**Carl Weiß, Schwartzauer Allee 193.**  
**August Fölsch, Maler** früher Wafenmacher 23 jetzt Tünenhagen 28.  
Ein Posten **gehr. Fahrräder** von 30 Mark an.  
**O. Dortmund,** Schwartzauer Allee 99.

**Die Arbeiter-Garderoben** aus dem Spezial-Geschäft von **Lübeck Markt Otto Albers** 10. sind vortheilhaft bekannt durch gute Verarbeitung und sehr billige Preise. U. A.:  
Federhosen 2,20—2,45  
Wattenshosen 2,80—3,75  
Schlofferhosen 1,85—2,25  
Werblerhosen 1,65—2,25  
Zwiebelschalen 1,65—2,25  
keine Kosten, schräge und gerade, 1,85  
Hosen, Herren, Schlofferhosen, Federhosen  
Wasserhosen, ebenfalls billig.  
Wagen von 30 bis 125 Mk.  
**Note Lubeca-Marken.**